IN DER SCHUBLADE

Welche Gesetze haben vor Neuwahlen noch Aussicht auf Erfolg? **SEITEN 4-5**

IN DER KRITIK

Zwei Jahre Bürgergeld zwei Jahre Streit

SEITEN 8-9

DASPARLAMENT

Nr. 47-48 | Berlin, 16. November 2024 | 74. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Um das Reichstagsgebäude herum wird viel gebaut. Aber auch hinter den Mauern ist der Umbauprozess, auf politischer Ebene, in vollem Gang.

© picture-alliance/dpa/Hannes P. Alber

Der Fahrplan nach dem Ampel-Aus

Ein Weg mit Hindernissen

Hätte Bundeskanzler Olaf Scholz auf seinem Zeitplan für Neuwahlen bestanden, wäre auf parlamentarischer Ebene nicht mehr viel passiert. Der gefundene Kompromiss hat nun den Weg frei gemacht für einige Beschlüsse

grün-gelben Streitereien seiner Re- liegen bringen können. gierung, die nach drei Jahren hängen bleiben. Es sind auch Begriffe wie "Wumms", "Doppel-Wumms" oder "Zeitenwende". Schon als Finanzminister im Kabinett Merkel holte der Sozialdemokrat rhetorisch die "Bazooka" raus, um die Corona-Hilfsprogramme zu beschreiben.

Als vor anderthalb Wochen der Streit innerhalb der Ampel-Regierung eskalierte, holte der Sozialdemokrat seine Bazooka wieder heraus und entließ seinen Finanzminister Christian Lindner (FDP) mit Worten, die keine Zweifel mehr über das zerrüttete Verhältnis der beiden zuließen. Ein Vielfach-Wumms erschütterte daraufhin den Politikbetrieb und das Land allgemein. Denn Scholz entwarf zugleich einen Fahrplan für die nächsten Monate, der vor allem bei der größten Oppositionsfraktion im Bundestag, der CDU/CSU, auf erheblichen Widerstand stieß.

Die Staubwolken lichten sich nach und nach

Am Ende der zweiten Woche nach dem Beben haben sich die Staubwolken nun aber deutlich gelichtet, einige Hindernisse wurden aus dem Weg geräumt. Das größte von ihnen: die Terminierung der von Scholz angekündigten Vertrauensfrage und des damit verbundenen Tags für Neu-

Olaf Scholz (SPD) versteht ben wir genug Papier für die Wahlzetes, Begriffe zu prägen. Und tel? Ersteres hätte den parlamentariso sind es nicht nur die rot- schen Betrieb auch komplett zum Er- Bundestag sollen nach einer Eini-

> Der Zeitplan von Scholz, die Vertrauensfrage im Bundestag am 15. Januar zu stellen und Neuwahlen Anfang März abzuhalten, sorgte auch außerhalb des Bundestages für Kritik. So lange könne Deutschland in diesen international unruhigen Zeiten und mit einer hartnäckigen Wirtschaftsflaute im Rücken, nicht nur übergangsweise regiert werden, hieß es vielfach. Scholz appellierte zwar an die Union, bis zu Neuwahlen aus seiner Sicht dringende Gesetzesprojekte der Ampel mit zu beschließen. Doch ohne Termin für die Vertrauensfrage stellte sich die Union quer. Scholz musste nachgeben: Die Vertrauens-

16. Dezember im Bundestag stellen. batte darüber, ob Brand etwa partei-Die Neuwahlen zum 21. Deutschen gung Fraktionen 23. Februar 2025 stattfinden. Zu diesem Zeitplan hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach einem Treffen mit den Fraktionsspitzen von SPD, Grünen und Union am Dienstag Zustimmung signalisiert.

Am selben Tag legte sich auch die Aufregung darüber, ob das G7-Land Deutschland in der Lage ist, eine reibungslose Wahl zu organisieren. Diese hatte, unbeabsichtigt, die Bundeswahlleiterin Ruth Brand am vergangenen Wochenende ausgelöst. Aus ihrer Warnung, eine Bundestagswahl brauche genügend Vorlaufzeit und dürfe nicht überstürzt werden, auch wegen der Papierbeschaffung für den

Bundesverfassungsgerichts verabschiedet sehen.

eine Frage: Bundeskanzler wahlen. Und das etwas kleinere: Ha- frage wird er nun voraussichtlich am Druck der Wahlzettel, wurde eine Deisch sei. In der Sitzung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und am Geschäftsordnung am Dienstag konnten diese Missverständnisse nach Angaben der Beteiligten ausgeräumt werden. "Alle werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Wahl zu gewährleisten", versicherte

Fraktionsübergreifende Anträge und andere Gesetzesprojekte

Brand vor dem Ausschuss.

Unterdessen hat sich bei einigen Parlamentariern nach dem ersten Wumms-Schock ein neuer Eifer entwickelt: Nicht nur brachten fraktionsübergreifende Gruppen in dieser Woche noch Anträge für die Prüfung einer Verbotsverfahrens gegen die AfD oder zur Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb der ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft ein. Die Unionsfraktion signalisierte ihre grundsätzliche Bereitschaft, einigen Ampel-Gesetzen (Seite 4-5) zuzustimmen, unter anderem der Verlängerung des Deutschland-Tickets. Auch die Absicherung des Verfassungsfeinde will die Fraktion

Auf den Bundestag warten also noch einige Aufgaben, auch wenn sich die Zahl der Sitzungswochen bis zur Wahl deutlich reduzieren wird und die geplanten Haushaltsberatungen für Ende November bereits abgesagt wurden. Claudia Heine

KOPF DER WOCHE

Er bleibt am Ball

Marco Wanderwitz Eines kann ihm niemand unterstellen: fehlendes Durchhaltevermögen. Der CDU-Abgeordnete und einstige Ost-Beauftragte der Großen Koali-



tion unter Kanzlerin Merkel trommelt schon länger für ein Verbotsverfahren gegen die AfD. Aber dass er trotz eines Scheitern der Ampel-Regierung nicht von seinem Plan ablässt, zeugt von Konsequenz und der Dringlichkeit eines Handelns aus seiner Sicht, aber auch aus Sicht der 112 anderen Abgeordneten verschiedener Fraktionen. In dieser Woche haben sie, trotz aller Unklarheiten über die parlamentarischen Abläufe in nächster Zeit, einen Antrag für eine Prüfung eines Verbotsverfahrens gegen die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht in den Bundestag eingebracht. "Wir haben ein Aufsetzungsrecht, eine Plenardebatte wird es auf jeden Fall in dieser Legislaturperiode noch geben", zeigte Wanderwitz sich überzeugt.

ZAHL DER WOCHE

Tage sind es noch bis zum möglichen Wahltermin am 23. Februar 2025.

ZITAT DER WOCHE

»Wir sind überzeugt, dass unser Weg der sichere ist.«

Irene Mihalic (Grüne) unterstützt einen Vorstoß aus den Reihen ihrer Fraktion, der eine Vorprüfung eines AfD-Verbotsverfahrens vorsieht.

MIT DER BEILAGE



Das Parlament Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG





Die Wahlurnen für die nächste Bundestagswahl stehen schon bereit.

© picture-alliance/dpa/P. Pleul

INTERVIEW: LEHREN AUS DEM BRUCH DER AMPEL

»Kompromissbereitschaft fehlte«

Johannes Fechner, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, über das Scheitern der Dreier-Koalition und den Unterschied zur GroKo, den Zeitplan zu Neuwahlen und noch ausstehende Gesetzesvorhaben

Herr Fechner, hatte Sie der Bruch der Ampel-Koalition am Mittwoch vergangener Woche überrascht?

Eigentlich schon, weil ich gedacht habe, dass insbesondere die FDP so viel Verantwortung hat, zu sehen, dass unser Land noch wichtige Entscheidungen zur Entlastung der Unternehmen und der Bürgerinnen und Bürger braucht. Bei vielen Fragen hat der Finanzminister aber blockiert und die Mitarbeit verweigert. Insofern war die Entscheidung des Kanzlers richtig, auch wenn ich mir gewünscht hätte, die Ampel hätte noch wichtige notwendige Gesetze beschließen können.

Die Prämisse der Ampel war die Unterschiedlichkeit der drei Partner, die hatten alle Parteien zu Beginn betont. Letztendlich ist die Koalition an dieser Unterschiedlichkeit gescheitert. Hat der Rauswurf von Christian Lindner die Prämisse übergangen?

Der Sargnagel war Lindners fehlende Kompromissbereitschaft. Zwar kommen wir aus unterschiedlichen Ecken, aber viele Dinge, die mit der Union nicht möglich waren, waren nur in dieser Ampelkonstellation durchsetzbar – beispielsweise die Verkleinerung des Bundestages, die Bürgerinnen und Bürger zu Recht eingefordert hatten.

Was zählt noch zu den Punkten, die die SPD nur mit der Ampel umsetzen konnte?

Wir haben etwa lange Zeit in der Gro-Ko für ein Deutschlandticket geworben, also einen einheitlichen Tarif für Bus und Bahn. Das war mit der Union aber nie möglich. In der Ampel haben wir es hinbekommen und jetzt 13 Millionen Abonnenten.

Nun wird ja oft geklagt, die Ampel habe viel erreicht, aber es nicht geschafft, ihre Erfolge auch entsprechend zu kommunizieren. War das ein Kernübel des Bündnisses?

Das Kernübel war, dass bei Grünen und FDP zu oft die Bereitschaft gefehlt hat, ihrer eigenen Klientel Kompromisse zuzumuten. Das war in der GroKo anders, weil es darum ging, für das Land Verantwortung zu überneh-

Gleichwohl hat Sie das Aus der Ampel dann doch überrascht, wie Sie sagen. War aber der Haushalt für das kommende Jahr nicht spätestens die Soll-Bruchstelle, nachdem die Regierung es im Sommer nicht geschafft hatte, dem Bundestag einen durchfinanzierten Haushalt vorzulegen?

Schwierigkeiten waren schon länger da. Aber ich war überrascht, dass insbesondere der Bundesfinanzminister so wenig Verantwortungsbewusstsein zeigte und die vom Bundeskanzler angebotenen Kompromisse etwa zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen nicht mitmachte. Wir hätten auch viele weitere Themen gehabt, aber wären zu Kompromissen bereit gewesen. In der Tat war schon im Sommer sichtbar, dass der Haushalt eine Herausforderung wird und die Gemeinsamkeiten immer schwieriger zu erkennen sind – eigentlich schon in den Diskussionen, nachdem der Klima- und Transformationsfonds von Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde. Mit diesem Urteil war schon ein wichtiger Pfeiler für die Ampel-Zusammenarbeit abhandengekommen.

Mittlerweile gibt es Einigkeit über den 23. Februar als Termin für Neuwahlen; am 16. Dezember soll der Bundestag über die Vertrauensfrage abstimmen. Zuvor hatte die SPD argumentiert, dass diese Abstimmung über die Vertrauensfrage vor dem ursprünglich vom Bundeskanzler genannten 15. Januar schon aus formalen Gründen zur Vorbereitung der Neuwahl unpraktikabel sei?

Nein, das ist unzutreffend. Wir haben gesagt, im Januar zu wählen, mag von den Fristen des Grundgesetzes her möglich sein, ist aber faktisch unmöglich. Denn viele Kandidatinnen und Kandidaten sind noch nicht einmal nominiert. Dafür muss zu Nominierungsveranstaltungen mit Fristen eingeladen werden. Es müssen im Anschluss auf Landesparteitagen, zu denen Delegierte mit Einladungsfristen zu wählen sind, die Listen aufgestellt werden. All diese Wahlvorgänge müssen dann von Wahlbehörden geprüft werden. Erst dann können die Stimmzettel in Druck gehen und ausgeliefert werden. Das ist alles eine



© picture-alliance/SZ Photo/RainerUnkel

enorme zeitliche Herausforderung. Man kann es schaffen in ein paar Wochen, aber das ist extrem fehleranfällig. Wir sollten auf gar keinen Fall das Risiko einer Pannenserie eingehen, wie wir sie in Berlin bei der Bundestagswahl 2021 erlebt haben. Dort wurde das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Wahlvorgang, immerhin das zentrale Element in einer Demokratie, massiv geschädigt. Deshalb ist es gut, dass wir erst Ende Februar wählen.

Auch damit werden die vom Grundgesetz vorgegebenen Fristen nicht voll ausgeschöpft. Sehen Sie darin keine der geschilderten RisiWir wollen so schnell wie möglich Neuwahlen, aber ohne Pannenrisiko. Wir haben mit der Bundeswahlleiterin gesprochen und wir haben mit Bürgermeistern gesprochen, und die haben uns signalisiert, dass die Risiken bei dem Termin Ende Februar beherrschbar sind. Weil uns die Praktiker und Experten sagen, dass sie den Termin 23. Februar schaffen, haben wir diesen Termin gewählt.

Auch nach dem Bruch der Ampelkoalition sollen im Bundestag noch einige Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden. Welche davon wären Ihnen besonders wichtig?

Wir wollen noch in diesem Jahr Unternehmen entlasten. Wir wollen das

Kindergeld erhöhen und für stabile Renten sorgen. Auch müssen wir in dieser Wahlperiode noch Bundestag und Bundesverfassungsgericht noch besser gegen Verfassungsfeinde absichern. Und weil wir bald Wahlkampf haben und dabei immer droht, dass Fraktionen - ich habe da insbesondere eine Fraktion im Auge - ihre Mittel für Öffentlichkeitsarbeit zur Parteienfinanzierung missbrauchen, wollen wir das Abgeordnetengesetz so verschärfen, dass solche veruntreuten Fraktionsmittel schnell zurückgefordert werden können.

Noch einmal zu den Unterschieden zwischen der Union einerseits sowie FDP und Grünen anderseits als Koalitionspartner: Was lehrt das vorzeitige Scheitern der Ampel – ist ein solches Dreierbündnis für die Bundesebene schlicht zu schwierig oder fehlt nur die Routine, damit umzugehen?

Die Ampel regierte in sehr herausfordernden Zeiten. Herausforderungen wie der Krieg Russlands gegen die Ukraine, die hohen Energiepreisen und vieles andere mehr. Das hatten frühere Regierungen nicht zu bewältigen. Eine Lehre daraus muss sein, dass als Grundvoraussetzung für stabile Regierungen jeder Partner bereit sein muss, seiner eigenen Klientel Kompromisse zuzumuten und so Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Das war zum Ende der Ampel bei der FDP nicht mehr gege-

Ist es für Sie bei künftigen Koalitionsbildungen ein Argument, ob man dabei mit einem oder mit zwei Partnern arbeiten muss?

Das kommt darauf an, wer diese Partner sind und wie sie sich aufstellen. Dann spielt natürlich eine Rolle, wie kompromissbereit und verantwortungsvoll die Partner sind, damit man wirklich vier Jahre stabil regieren und unser Land voranbringen kann.

Das Interview führte Helmut Stoltenberg

Johannes Fechner (51) gehört dem Bundestag seit 2013 an Seit 2021 ist der Sozialdemokrat Parlamentarischer Geschäftsführer

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Ordnende: Torsten Herbst

in kurzer Blick aufs Display verrät Torsten Herbst, dass er gleich nochmal schnell in den Plenarsaal muss: Die Sitzordnung hat sich geändert, die aus der Bundesregierung ausgeschiedenen FDP-Kabinettsmitglieder sind in der Fraktion einzureihen, und da muss er als Parlamentarischer Geschäftsführer nach dem Rechten sehen. Nichts ist normal in dieser Sitzungswoche, obwohl man Herbst, 51, liberaler Abgeordneter aus Dresden, nichts ansieht; außer dass er ein wenig schneller spricht als beim letzten Treff. "Es sind dynamische Tage", sagt er eingangs, "mit kurzen Nächten".

Es ist die Woche nach dem großen Knall in der Koalition. Die Ampel ist Geschichte, der Wahlkampf nah. Ist er schon im neuen Modus? "Nein, dafür sind zu viele Dinge zu ordnen und Abläufe neu zu gestalten." Und klar, noch einmal antreten würde er gern. "Ansonsten mache ich mir keine Gedanken, ich habe aktuell keinen Plan B oder C."

Eine interessante Euphorie ist auf dem Flur entlang der FDP-Büros zu vernehmen. Aus Zimmern dringt leises Lachen, Leute eilen hin und her. "Die Entscheidung führte zu einem positiven Ruck in der Partei", sagt er. Dabei lebt die Partei mit dem Risiko, es bei der Neuwahl im kommenden Februar nicht über die Fünf-Prozent-Hürde zu schaffen. "Mandatsträgern ist immer klar, dass sie ein befristetes Amt übernehmen", sagt Herbst. "Für Mitarbeiter sind vorgezogene Wahlen schwieriger. Dass sie teilweise verunsichert sind, verstehe ich." Er sehe die Republik nun vor einer Richtungsentscheidung. "Das Land hat nun andere Prioritäten als vor drei Jahren. Dem müssen wir Rechnung tragen. Nun muss

dem Klimawandel? "Andere Themen kehrten jetzt zurück. Klimaschutz funktioniert nur, wenn Unternehmen profitabel sind und investieren können." Man merkt ihm an: Herbst sehnt sich nach anderen Mehrheitsverhältnissen. Dafür nimmt er auch die Hektik dieser Tage in Kauf.



Das Land hat nun andere Prioritäten als vor drei Jahren. Nun muss die Belebung der Wirtschaft Vorfahrt haben,

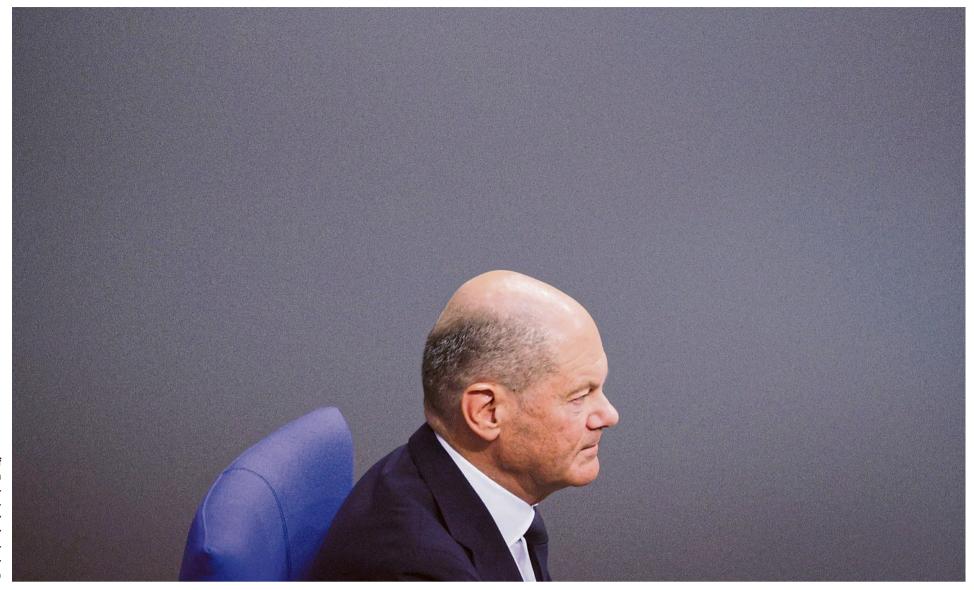


Leid ist er gewohnt. In seinem Heimatland Sachsen landeten die Liberalen bei der letzten Landtagswahl unter einem Prozent, "niederschmetternd war das", sagt er. "Das zeigt, dass es für die FDP in den östlichen Bundesländern eine hohe Schwankungsbreite gibt." Vertrauen müsse zurückgewonnen werden, sagt er.

Seines in die FDP dauert seit langem an. Herbst lief als Schüler 1989 auf den Montagsdemos mit, sah in der Zeitung den Gründungsaufruf für einen FDP-Jugendverband – und ging hin.

die Belebung der Wirtschaft Vorfahrt haben." Moment, und was ist mit Daheim hatten die Eltern die Zeitung der Liberaldemokratischen Partei abonniert, man diskutierte viel über Politik. "Ich war immer freiheitsliebend und fühlte mich in der DDR eingesperrt", erinnert er sich. "Es war auch klar, dass ich wohl nicht zum Abitur zugelassen werde, da ich mich nicht für eine längere Zeit für die Armee verpflichten wollte." Die Wende erlebte er als Befreiungsschlag – wenn auch seine Eltern sich wie so viele beruflich neu orientieren mussten. "Das war ein massiver Umbruch mit vielen Unsicherheiten", sagt er. Auch Ungerechtigkeiten? "Ehrlicherweise muss man sagen, dass die meisten DDR-Betriebe in einer Marktwirtschaft nicht wettbewerbsfähig waren." Hören die Leute in seinem Wahlkreis sowas gern? "Durch diese Neuorientierung entstanden auch viele Erfolgsgeschichten. Heute erfolgreiche Betriebe wurden damals neu gegründet", sagt Herbst. "Daraus könnte man für heute lernen: In Zeiten des Umbruchs gilt es, die Ärmel hochzukrempeln."

In der sächsischen Partei übernahm er diverse Ämter. Generalsekretär, Schatzmeister, auch zehn Jahre als Landtagsabgeordneter kamen zusammen – nach der Uniausbildung zum Diplom-Kaufmann. Dann rief Berlin. 2017 zog Herbst in den Bundestag und in ein Büro ein, das besonders aufgeräumt wirkt. "Wir sind eine digitale Fraktion" lächelt er, "das war mir sehr wichtig: kein Papier und keine Mappen mehr". Hinter seinem Schreibtisch stehen drei Fahnen, die Sachsens, Deutschlands und der EU. Und draußen offenbart der Blick durchs Fenster die ungleich größeren Deutschlandfahnen auf dem Reichstag. Herbst springt auf. Die neue Sitzungsordnung. Ab in den Plenarsaal.



Bundeskanzler Scholz (SPD) im Plenum des Bundestags, nachdem er eine Regierungserklärung zum Aus der Ampelkoalition und der wahrscheinlichen Neuwahl am 23. Februar ab**gegeben hat.** © DBT/T. Koch

Regierungserklärung nach Ende der Ampel-Koalition

Kanzler ohne Mehrheit

Eine Woche nach dem Ampel-Aus gibt Bundeskanzler Olaf Scholz eine Regierungserklärung ab – ein Vorgeschmack auf den Wahlkampf

ohne Mehrheit vor den bis auf den letzten Platz gefüllten Bundestag getreten. In seiner etwa halbstündigen Rede gab er mal den Staatsmann, mal den Wahlkämpfer. Sein Konkurrent Friedrich Merz die Attacke dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU). Was in der Debatte mit keinem Wort Scholz noch der richtige Kanzlerkandidat für die SPD ist. In der Partei gebe dieser Woche. Die Parteiführung will darüber derzeit keine Debatte. Am 16. Dezember will Scholz die Vertrauensfrage stellen, danach kann Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Bundestag auflösen, und in diesem Fall wird am 23. Februar der neue Bundestag gewählt.

Bevor es soweit ist, kämpft Bundeskanzler Scholz. In seiner Regierungserklärung rief er die Fraktionen der demokratischen Mitte dazu auf, noch eine Reihe von Gesetzesvorhaben zu verabschieden. Konkret nannte er Entlastungen bei der sogenannten kalten Progression der Einkommensteuer, die ab 1. Januar 2025 gelten sollten. Nötig sei auch eine Grundgesetzänderung, um das Bundesverfassungsgericht stärker gegen mögliche politische Einflussnahmen zu wappnen. Außerdem solle die Regierungsinitiative für mehr Wachstum beschlossen werden, und die Kinder-

Die logische Folge hätte sein müssen, dass Sie sofort und unverzüglich die Vertrauensfrage stellen.

FRIEDRICH MERZ (CDU), KANZLERKANDIDAT

laf Scholz (SPD) ist am Mitt- gelderhöhung solle Anfang 2025 komwoch als Regierungschef men. Scholz warnte vor einer Spaltung des Landes. Dies sei die zentrale Frage bei der anstehenden Neuwahl im Februar. "Ich will vermeiden, dass es zu Verteilungskämpfen Jeder gegen Jeden kommt", sagte er. Die Wahlkampfstrategie der SPD blitzte kurz (CDU) gab sich gemäßigt und überließ auf, als Scholz versicherte, er wolle "keine Rentenkürzungen", und beteuerte: "Nicht mit mir."

Unions-Kanzlerkandidat Friedrich zur Sprache kam, ist die Frage, ob Olaf Merz (CDU) antwortete direkt und zeigte sich reserviert. Die Union wolle kein Auswechselspieler sein. Lediglich es zwar ein "Grummeln", bestätigte beim Gesetz zum Bundesverfassungs-SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich in gericht signalisierte Merz Zustimmung. Scholz habe seit einer Woche keine Mehrheit mehr im Bundestag. "Die logische Folge hätte sein müssen, dass Sie sofort und unverzüglich die Vertrauensfrage stellen", fügte Merz hinzu.

Grüne geben sich betont staatspolitisch

Die Grünen gaben sich betont staatspolitisch. Sowohl Außenministerin Annalena Baerbock als auch Co-Fraktionschefin Britta Haßelmann warnten davor, Deutschland schlechtzureden. Es gehe in schwierigen Zeiten darum, das Land zu stärken. Dazu brauche es "Anstand, Rückgrat und Verantwortung", sagte Baerbock. Haßelmann will "nach vorne" blicken und forderte dazu auf sich, sich "Beschimpfungen und Beleidigungen" zu ersparen.

FDP-Chef Christian Lindner rechnete mit Bundeskanzler Scholz ab. Seine Regierung sei auch daran gescheitert, "dass wir im Kabinett nicht mehr über dasselbe Land gesprochen haben", sagte der frühere Finanzminister. In dem Moment wendete sich Scholz demonstrativ von seinem früheren Finanzminister ab und redete mit den Ministern, die hinter ihm auf der Regierungsbank saßen. Lindner rief Scholz zu: "Manchmal ist eine Entlassung auch eine Befreiung." Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich unterstrich, dass er gewillt sei, in den kommenden Wochen mit den demokratischen Fraktionen weiterzuarbeiten. Direkt an Merz gewandt, forderte er: "Schlagen Sie sich nicht in die Büsche." Es sei wichtig, "dass die Menschen Sicherheit haben", sagte Mützenich mit Blick auf die Erhöhung des Kindergelds, die Abmilderung der kalten Progression, das Deutschland-Ticket und Gesetze zur Entlastung der Wirtschaft.

AfD-Fraktionschefin Alice Weidel machte sowohl dem Bundeskanzler als auch der CDU/CSU schwere Vorwürfe. "Das, was Ihre Regierung diesem Land und seinen Bürgern angetan hat, ist beispiellos", sagte sie. Die Ampel habe wie keine Regierung zuvor Wohlstand zerstört und das Land geschädigt. Weidel sprach von einer "aberwitzigen Politik der grünen Transformation" und einer Deindustrialisierung und griff die Regierung wegen ihrer Migrationspolitik an.

Direkt nach Weidel sprach Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU). Er machte zunächst klar: "Bei aller Kritik

an der Ampel und ihren Fehlern sind all die, die Verantwortung getragen haben, Demokraten. Das ist der grundlegende Unterschied zu dem selbstgerechten Geschrei, das wir gerade gehört haben." Damit war das Lob aber auch verteilt. "Sie werden in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als die schwächste Bundesregierung aller Zeiten eingehen", umschrieb Söder die Bilanz der Ampel.

SPD-Spitze will Debatte um Kanzlerfrage vermeiden

Weniger kämpferisch, sondern mehr Habeck wollten ins nächste Kabinett: um Beruhigung und Ausgleich bemüht präsentierte sich der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Er riet dazu, "den Blick vom Rückspiegel zu nehmen und wieder nach vorne zu richten". Es sei "sehr gut", dass es einen Termin für Neuwahlen gebe, der Klarheit schaffe. Vor allem wirtschaftlich brauche es neue Impulse. Keinem sei geholfen, voraussichtlich am 11. Januar abhalwenn die politische Auseinanderset-

zung zum "Schlamm-Catchen" verkomme.

Heidi Reichinnek (Die Linke) attackierte vor allem Friedrich Merz. Er habe in der Diskussion um einen Termin für die Neuwahl zur Eile gemahnt, dabei sei es wichtig, dass Wahlen ordentlich vorbereitet würden und geregelt abliefen.

Sahra Wagenknecht (BSW) warf dem Bundeskanzler und den in der Regierung verbliebenen Parteien SPD und Grüne vor, dass die "Existenzangst der Menschen sie nicht kümmert". Kanzler Scholz und Wirtschaftsminister "Da können normale Leute, die sich jeden Tag in ihren Job bewähren müssen, nur fassungslos mit dem Kopf schütteln", sagte sie.

Ob die SPD tatsächlich mit Olaf Scholz oder einem anderen Kanzlerkandidaten in den Wahlkampf ziehen wird, soll ein Bundesparteitag entscheiden, den die Sozialdemokraten ten wollen. Nina Jeglinski 📗



Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, bei der Regierungserklärung zum Bruch der Ampel-Koalition ©dpa J. Heinrich

Noch nicht beschlossene Gesetzentwürfe der ehemaligen Ampelkoalition

Womit zu rechnen ist - und womit eher nicht

Bundeskanzler Olaf Scholz hat es diese Woche in seiner Regierungserklärung noch einmal betont: Er will noch vor möglichen Neuwahlen am 23. Februar eine Reihe wichtiger Gesetze verabschieden. Die Bundesregierung ist noch im Amt, das Parlament arbeitsfähig. Geht da noch was?

usweislich des Dokumentations- und Informationssystems für Parlamentsmaterialien (DIP) sind noch mehr als 100 Gesetzentwürfe der Bundesregierung im Gesetzgebungsverfahren. Das Gros ist entweder dem Bundesrat zugeleitet oder an die Bundestags-Ausschüsse überwiesen. Einige hängen im **Bundesrat und Vermittlungsausschuss** fest. "Das Parlament" stellt im Folgenden eine kleine Auswahl der Gesetzesvorhaben vor und versucht, wo das überhaupt möglich ist, eine Einschätzung abzugeben, wie wahrscheinlich eine Verabschiedung noch in dieser Legislaturperiode ist. Grundsätzlich sind die Chancen gering, denn das nach dem Ampel-Aus verbliebene Regierungsbündnis aus SPD und Grünen

verfügt im Parlament über keine eigene Mehrheit mehr.

Das Bundesverfassungsgericht soll noch gestärkt werden

Zu den wenigen Vorhaben, hinter denen sich nach dem Scheitern der Ampelkoalition Vertreter des ehemaligen Regierungsbündnisses und der Union versammelten, gehört die Stärkung der Resilienz und der Unabhängigkeit des Bundesverfassungsgerichtes. Die Reform soll noch vor Ende der Wahlperiode umgesetzt werden. Wesentliche Strukturmerkmale des Gerichts sollen im Grundgesetz festgeschrieben werden, ein Ersatzwahlmechanismus soll Vorsorge für den Fraktionen mit einer Sperrminorität die Wahl von Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichtes blockieren, für die eine Zweidrittel-Mehrheit notwendig ist. Bei einer Anhörung am Mittwoch zu den beiden Gesetzentwürfen (20/12977 und 20/12978) gab es von Sachverständigen viel Zuspruch für die Reform - und den Appell, sie zügig umzusetzen.

Rentenpaket II: Haltelinie für das Rentenniveau und höhere Beiträge

Es war das sozialpolitische Prestigeprojekt der SPD und für sie unverhandelbar: das Rentenpaket II (20/ 11898). Nach monatelangem Streit hatte sich die Ampel-Regierung im

Fall treffen, dass eine oder mehrere Frühjahr darauf geeinigt und einen Beschluss im Kabinett gefasst. Nach den Plänen von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) sollte die 2018 eingeführte Haltelinie für das Rentenniveau (Verhältnis von "Standard-Rente" und aktuellem Durchschnittslohn) von 48 Prozent verlängert werden. Die Rentenbeiträge sollten dafür, nachdem sie sehr lange stabil bei 18,6 Prozent lagen und liegen, mittelfristig auf 22,3 Prozent steigen. Um den Beitragsanstieg abzumildern, war der Einstieg in eine teilweise aktienbasierte Finanzierung (Generationenkapital) geplant. Darauf hatte vor allem die FDP gedrängt. Nach dem Kabinettsbeschluss ging die Diskussion aber weiter, denn es stellte sich heraus, dass die FDP nicht zufrieden war, obwohl der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) das Paket als "ausverhandelt" bezeichnet hatte. Ende September erreichte es dann doch den Bundestag, eine erste Lesung und eine Anhörung im Ausschuss für Arbeit und Soziales fanden statt. Nach der nicht abebbenden Kritik der Liberalen hatte sich die SPD auch noch einmal gesprächsbereit gezeigt, doch das Ampel-Aus beerdigte auch das Rentenpaket. Minister Heil erklärte es am Donnerstag für gescheitert und warnte vor sinkenden Renten.

Lauterbach warnt vor Verzögerung wichtiger Gesundheitsgesetze

Mit dem Bruch der Ampel-Koalition steht ein ganzes Bündel an Gesundheitsgesetzen auf der Kippe. Zuletzt hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zahlreiche Gesetzentwürfe neu eingebracht und einen "Herbst der Reformen" ausgerufen. Darunter sind nach seiner Darstellung zeitkritische Entwürfe, etwa die Reform der Notfallversorgung, das Gesundes-Herz-Gesetz oder die Organspendereform. Der Minister fand am Mittwoch im Gesundheitsausschuss drastische Worte, um klar zu machen, wie dringlich die Reformen seien. Wenn einige der ausgearbeiteten Gesetzentwürfe nicht mehr beschlossen würden, käme es zu einer Verzögerung von mindestens einem Jahr. In der Zwischenzeit könnten sehr viele Menschen sterben, weil Verbesserungen nicht umgesetzt werden. Das sei eine tragische Entwick- che Wehrdienstleistende rekrutiert lung. Die Bürger warteten auf lebensrettende Gesundheitsreformen.

Dringlich ist auch die Finanzreform für die Pflege, denn die Ausgaben steigen weiter. Per Rechtsverordnung (20/13710) soll der Pflegebeitragssatz 2025 um 0,2 Prozentpunkte erhöht werden. Nach Angaben des Ministers wird damit das Geld für 2025 reichen, aber nicht für 2026.

Und dann wäre da noch die Krankenhausreform, die jahrelang vorbereitet und von Lauterbach als "Revolution" angepriesen wurde. Am 22. November steht die umstrittene Reform, die bereits den Bundestag passiert hat, im Bundesrat zur Abstimmung. Sollten die Länder den Vermittlungsausschuss anrufen, wäre das Projekt nach Einschätzung politischer Beobachter gefährdet. Lauterbach geht davon aus, dass die Reform im Bundesrat gebilligt wird. An Rechtsverordnungen zur Umsetzung der Krankenhausreform werde parallel gearbeitet, sagte er im Ausschuss. Es gelte, keine Zeit zu verlieren.

Priorität für Wachstumsinitiative und Kalte Progression

Priorität hätten in den letzten Sitzungswochen Maßnahmen der Wachstumsinitiative, hat Bundesfinanzminister Jörg Kukies (SPD) am Dienstag angekündigt. Dazu zähle

vor allem der Abbau der Kalten Progression. Dieser ist Teil des Steuerfortentwicklungsgesetzes 20/12778), das sich bereits im parlamentarischen Verfahren befindet. Es beinhaltet auch die Erhöhung des Kindergeldes um fünf Euro für 2025. Knackpunkt in der Koalition war, dass der damalige Finanzminister Christian Lindner (FDP) die Freibeträge noch stärker erhöhen wollte, als im Gesetzentwurf vorgesehen, da der Steuerprogressionsbericht und der Bericht über das steuerliche Existenzminimum aus seiner Sicht höhere Werte erforderlich machten. Dies soll aber auf Widerstand innerhalb der Ampel-Koalition gestoßen sein, weshalb das Gesetz noch nicht abschließend im Finanzausschuss behandelt wurde. Neben höheren Freibeträgen in der Einkommensteuer und beim Kindergeld sowie der Anpassung des Steuertarifs zum Inflationsausgleich sieht der SteFeg-Entwurf die Ausweitung der steuerlichen Forschungsförderung und Erweiterungen bei der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter vor. Widerspruch erntete der Gesetzentwurf vonseiten der CDU/CSU- Fraktion vor allem deshalb, weil die Steuerklassen III und V, die Verheiratete wählen können, entfallen und in die Steuerklasse IV mit Faktor überführt werden sollen.

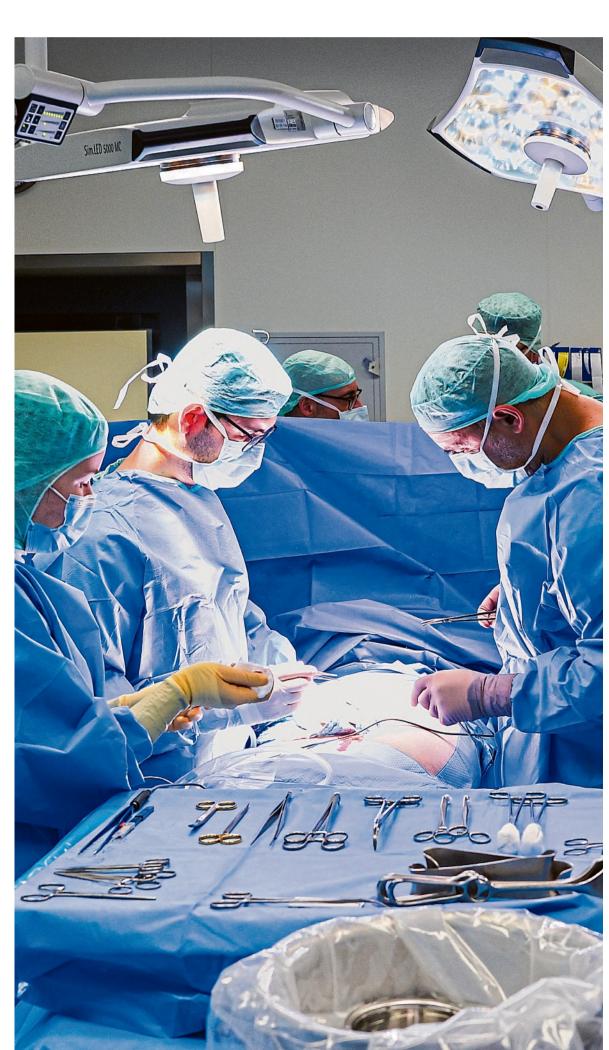
Wehrerfassung und mehr Freiwillige für die Bundeswehr

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will die Wehrerfassung reaktivieren und mehr Freiwillige für einen Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten in der von Personalnöten geplagten Bundeswehr gewinnen. Der Gesetzentwurf, den das Bundeskabinett noch am Morgen vor dem Aus der Ampel-Koalition beschlossen hatte, sieht vor, dass künftig alle Männer ab dem 18. Lebensjahr verpflichtend in einem digitalen Fragebogen Auskunft über ihre Bereitschaft und ihre körperliche Fitness für den freiwilligen Wehrdienst geben müssen. Für Frauen soll das Ausfüllen des Fragebogens freiwillig sein, da sie laut Grundgesetz nicht der Wehrpflicht unterliegen. Aus dem Kreis der Willigen und tauglich Gemusterten sollen bis zu 5.000 zusätzliwerden. Aktuell leisten jährlich rund 10.000 junge Männer und Frauen einen freiwilligen Wehrdienst.

Die Union hat aber bereits ihre Ablehnung des Gesetzentwurfs, der noch nicht in die parlamentarische Beratung eingebracht wurde, angekündigt. Sie möchte zurück zur Wehrpflicht, die 2011 per Gesetz ausgesetzt wurde.

Gute Chancen für das Deutschlandticket 2025

Die Zukunft des Deutschlandtickets galt eigentlich als gesichert - zumindest für 2025. Aus dem 49-Euro-Ticket wird ab 1. Januar ein 58-Euro-Ticket. Auf diese Preiserhöhung hatte sich die Verkehrsministerkonferenz verständigt, nachdem der Bund klar gemacht hatte, lediglich die vereinbarten 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Die Länder sind jedoch davon ausgegangen, dass nicht abgerufene Mittel in die Folgejahre übernommen werden können, wie es die bislang noch nicht verabschiedete Novelle des Regionalisierungsgesetzes (20/12773) vorsieht. Zwar hat Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) jüngst sein Missfallen zum Deutschlandticket öffentlich gemacht. Aus den Reihen der Unionsfraktion wird dennoch Zustimmung signalisiert.



Nach dem Ampel-Aus steht ein ganzes Bündel an Gesundheitsgesetzen auf der Kippe.

Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

THEMA DER WOCHE

5



Mit der Kindergrundsicherung sollten Millionen Kinder aus der Armut geholt werden, indem familienpolitische Leistungen gebündelt, besser zugänglich gemacht und auch erhöht werden.

Westende 1 Katharina Mikhin

Von Beginn an unter Beschuss: die Kindergrundsicherung

Sie sollte beweisen: Die Grünen konzentrieren sich nicht nur auf Umweltthemen, sie wollen auch eine Politik des sozialen Ausgleichs für weniger privilegierte Bevölkerungsgruppen. Mit der Kindergrundsicherung (20/ 9092) von Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) sollten Millionen Kinder aus der Armut geholt werden, indem familienpolitische Leistungen gebündelt, besser zugänglich gemacht und auch erhöht werden sollten. Der ursprüngliche Plan des Aufbaus einer neuen Behördenstruktur innerhalb der Bundesagentur für Arbeit (Familienservice) mit mehreren tausend neuen Stellen sorgte von Beginn an für heftigen Streit im Bundestag und auch außerhalb bei den betroffenen Institutionen. Finanzminister Lindner (FDP) machte damals schnell klar, dass das Familienministerium nicht mit dem gewünschten zweistelligen Milliardenbetrag rechnen könne. Stattdessen hatten sich die Parteien auf Leistungserhöhungen für Familien innerhalb der bisherigen Strukturen geeinigt. Nach erster Lesung und Anhörung im Familienausschuss liegt die Kindergrundsicherung in der Schublade und wird dort wohl auch verschwinden. *che* ■

Große Reform der Filmförderung lässt auf sich warten

Nur wenige Stunden vor dem Ende der Ampel-Koalition am 6. November hatte der Kulturausschuss mit den Stimmen der Koalition die Novellierung des Filmförderungsgesetzes (FFG), das in seiner aktuellen Fassung zum Jahreswechsel ausläuft, beschlossen. Die Gesetzesnovelle (20/ 12660) sieht neben der Verlängerung der Filmabgabe, die Kinos, Videowirtschaft, TV-Sender und Programmvermarkter an die Filmförderungsanstalt (FFA) abführen müssen, eine weitgehende Automatisierung der Produktions- und Verleihförderung über ein Referenzmodell vor, das auch die wirtschaftlichen und kulturellen Erfolge früherer Filmproduktionen berücksichtigt. Die FFG-Novelle, die noch vom Bundestag abschließend beraten und abgestimmt werden

muss, stellt jedoch nur eine der drei Säulen dar, mit denen die Filmförderung reformiert werden soll. Für die beiden anderen Säulen – die Einführung eines Steueranreizmodells für Produzenten und eine Investitionsverpflichtung für audiovisuelle Mediendiensteanbieter – liegt bislang aber kein Kabinettsbeschluss vor. aw II

Turbo für den Ausbau der digitalen Infrastruktur steht auf der Kippe

Beim Ziel der flächendeckenden Versorgung mit moderner digitaler Infrastruktur sind sich alle einig, bei der Umsetzung sieht es allerdings anders aus: Das Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungsgesetz der Bundesregierung (20/13171) steht auf der Kippe. Dahinter steht das Ziel, Genehmigungsverfahren zu verkürzen, Bürokratie abzubauen, und so das Ausbautempo zu erhöhen.

Der Entwurf, der im Oktober erstmals im Bundestag beraten wurde, war innerhalb der Ampel lange umstritten. Der Grund: Das (damals) FDP-geführte Digitalministerium drängte darauf, dass der Bau von Mobilfunkmasten und die Verlegung von Glasfaserkabeln "im überragenden öffentlichen Interesse" und nicht nur "im öffentlichen Interesse" liegt. Aus dem grün-geführten Umweltministerium kam Widerstand, weil dadurch Bauvorhaben an manchen Stellen höher priorisiert werden können als Umweltvorschriften. Ein Kompromiss wurde zwar gefunden, aber in der Anhörung kritisierten Experten die Differenzierung zwischen Festnetz- und Mobilfunkausbau beim "überragenden öffentlichen Interesse" scharf. Ausgang offen.

Abgeordnetengesetz soll Rahmen im Wahlkampf setzen

Dass der Geschäftsordnungsausschuss am Tag nach der Ankündigung von Neuwahlen durch den Bundeskanzler den Weg für eine Reform des Abgeordnetengesetzes freigemacht hat, könnte ein Indiz dafür sein, dass diese Reform auch noch im Bundestag beschlossen wird. Ziel ist eine Neuregelung des rechtlichen Rahmens für die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen. SPD, CDU/CSU,

Bündnis 90/Die Grünen und FDP tragen die Reform (20/11944). Auch die breite Zustimmung spricht dafür, dass die Reform noch zur Abstimmung im Plenum gestellt wird. Die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktionen war immer wieder Gegenstand von Kritik. Jetzt sollen zeitliche Grenzen eingeführt werden. Sechs Wochen vor bundesweiten Wahlen sollen Fraktionen mit öffentlichen Mitteln nur noch informieren dürfen, wenn es dafür einen besonderen parlamentarischen Anlass gibt. Klargestellt wird auch, dass Fraktionen auch ihre allgemeinen politischen Standpunkte darstellen dürfen und der Bürgerdialog ein "zulässiger Zweck der Öffentlichkeitsarbeit" ist. Das war in der Vergangenheit zum Teil umstritten. Neu eingeführt werden soll ein Verfahren zur Rückforderung von Fraktionsmitteln, wenn gegen diese Regeln verstoßen wird. Bislang gab es keine Rückforderungen, da die Rechts grundlage hierfür fehlte. cz 🛮

Strompreispaket für die Industrie: Verlängerung unklar

Um drei Milliarden Euro wollte die Ampel-Koalition kurz vor ihrem Scheitern die Wirtschaft noch entlasten. Mit dem Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung und zum Bürokratieabbau im Strom- und Energiesteuerrecht (20/12351) sollte das passieren, dabei unter anderem das Strompreispaket für das produzierende Gewerbe verlängert werden. Alles war beschlossen, die Debatte zur zweiten und dritten Lesung zum Ende der vorvergangenen Sitzungswoche am Freitag, 18. Oktober 2024, beendet, da beantragte der AfD-Abgeordnete Stephan Brandner die Feststellung der Beschlussfähigkeit. Nach namentlicher Abstimmung war diese nicht mehr gegeben. Ob das Gesetz noch einmal aufgesetzt wird, ist fraglich. Im Finanzausschuss hatten allein die damaligen drei Ampel-Fraktionen dafür gestimmt. bal 🛮

Wird das Ordnungsrecht im Bundestag noch verschärft?

Ebenfalls parlamentsinterner Natur sind die Vorschläge zur Änderung der Geschäftsordnung des Bundestages

(20/12088). Nach längeren internen Diskussionen hatten die ehemaligen Ampelfraktionen im Juli einen Antrag zur ersten Beratung ins Hohe Haus eingebracht. Er sieht unter anderem eine Verschärfung des Ordnungsrechts vor, sprich: Pöbelnde Abgeordnete sollen härter bestraft werden können. Auch die Wahl des Präsidiums, die Behandlung von Petitionen im Plenum sowie der Status einer Gruppe sollten in der Geschäftsordnung neu geregelt werden. Die CDU/ CSU-Fraktion hatte mittels eines eigenen Antrags (20/12087) weitere Vorschläge eingebracht. In der Debatte zu den Anträgen ließen die Abgeordneten erkennen, dass man zu einer gemeinsamen Lösung kommen wollte. Ob das nun noch gelingt, ist ungewiss.

Der Haushalt 2025 wird wohl erst spät im nächsten Jahr beschlossen

Der Haushalt 2025 war einer der wesentlichen Gründe, weshalb die Ampel-Koalition scheiterte. Eigentlich hätte an diesem Donnerstag die Bereinigungssitzung stattfinden und die letzte Hand an den Etatentwurf(20/12400) gelegt werden sollen. Der aktuell im parlamentarischen Verfahren befindliche Entwurf für das kommende Jahr wird aber wohl nicht mehr beschlossen werden. Damit wird voraussichtlich für mindestens die erste Jahreshälfte eine vorläufige Haushaltsführung greifen. Einen finalen Haushalt 2025 wird dann die kommende Bundesregierung beschließen müssen. Etwas unklarer ist das Schicksal des ebenfalls in Beratung befindlichen Nachtragshaushalts 2024. Dieser wurde am Mittwoch in zweiter Lesung im Bundestag beraten und dann zurück an den Haushaltsausschuss überwiesen. Grund für dieses ungewöhnliche Verfahren ist eine Regelung in der Geschäftsordnung des Bundestages. Der neue Bundesfinanzminister Jörg Kukies stellte in der Debatte dar, dass auch ohne Nachtragshaushalt "nach aktuellem Stand" keine Haushaltssperre gebraucht werde. Ein Nachtragshaushalt sei aber eine Option, und es sei vernünftig, sich diese Option offen zu halten. Union und FDP zeigten sich indes ablehnend.

KURZ NOTIERT

Demokratiefördergesetz liegt schon lange auf Eis

Das Demokratiefördergesetz sollte die Unterstützung von Projekten gegen Extremismus jeder Art auf eine neue Grundlage stellen und dauerhaft absichern. Eine Anhörung dazu fand bereits im März 2023 statt, seitdem rückte die FDP aber immer stärker von den Plänen ab. Sie hatte unter anderem verlangt, eine Extremismusklausel im Gesetz zu verankern, um die Förderung linksradikaler Gruppen auszuschließen.

Neuauflage des Digitalpakts Schule steht vor dem Aus

Mit dem Ende der Ampel-Koalition scheint auch die geplante Fortsetzung des Digitalpakts Schule in weite Ferne zu rücken. Der Digitalpakt, der seit Mai 2023 ausgelaufen ist, sollte laut Koalitionsvertrag durch einen "Digitalpakt 2.0" abgelöst werden und bis 2030 die digitale Ausstattung von Schulen weiter fördern. Doch das Projekt zwischen Bund und Ländern steht vor dem Scheitern – auch, weil zentrale Finanzierungsfragen ungeklärt sind.

Umsetzung des EU-Daten-Governance-Gesetzes

Das Daten-Governance-Gesetz, das die nationalen Durchführungsbestimmungen des EU-Data Governance Acts (DGA) regelt, könnte das vielleicht letzte Digitalvorhaben der scheidenden Ampel sein. Der DGA soll einheitliche Spielregeln für das Teilen von Daten festlegen und den Weg zu einem gemeinsamen europäischen Datenbinnenmarkt ebnen. Für die Umsetzung in Deutschland sollen die Bundesnetzagentur und das Statistische Bundesamt verantwortlich sein.

Kampf gegen Geldwäsche aufgeschoben

Bereits im Juni hat der Finanzausschuss mit den Ampel-Stimmen das Finanzkriminalitätsbekämpfungsgesetzes (20/9648) gebilligt. Insbesondere Geldwäsche sollte in Deutschland besser bekämpft werden. Der beschlossene Entwurf fand nicht den Weg ins Plenum. Medienberichten zufolge wollten die Grünen es nur aufsetzen, wenn bis dahin auch das Vermögensverschleierungsgesetz vorliege, das bisher aber nur als Referentenentwurf des Finanzministeriums existiert. bal

Verabschiedung ist fraglich

Die Novelle des Tierschutzgesetzes (20/12719) sollte bis Ende 2024 verabschiedet werden. Die Änderungen sehen grundlegende Neuregelungen vor. So soll die Anbindehaltung, mit wenigen Ausnahmen, untersagt werden. Zudem ist ein Kupierverbot bei Lämmern und Ferkeln sowie verpflichtende Videoaufzeichnungen in Schlachthöfen vorgesehen. Bei Heimtieren soll die Oualzucht und der Verkauf solcher Tiere auf Online-Plattformen verboten werden. Auch das Halten von Wildtieren in Zirkussen soll untersagt werden.

Baugesetzbuch-Novelle befindet sich im Wartestand

Angesichts der Lage auf dem Wohnungsmarkt will die Bundesregierung mit der Baugesetzbuch-Novelle (20/13091) einen "Bau-Turbo" zünden. Unter anderem sollen in Gebieten mit angespannten Märkten Aufstockungen und Neubauten in zweiter Reihe möglich werden, ohne dass Bebauungspläne geändert werden. Der soziale Wohnungsbau soll gestärkt werden. Ob das Gesetz kommt, ist unklar.

6 **MEINUNG** Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

GASTKOMMENTARE: SORGE VOR UNGEWOLLTEN MEHRHEITEN?

Eine Verlockung für die AfD

Zu hoher Preis für die Brandmauer

PRO

un stehen die Termine für Vertrauensfrage und vorzeitige Bundestagswahl. Es kann losgehen mit dem Wahlkampf, die Aufstellung noch nicht benannter Kandidaten ist eine lösbare Aufgabe, das Drucken von Wahlzetteln ebenso, und im Winter hat schon mancher Wahlkampf stattgefunden. Aber bis zu einer reibungslosen Wahl und der Bildung einer neuen Bundesregierung kann noch eine Menge geschehen. Vor allem im Bundestag. Als Gerhard Schröder 2005 eine vorgezogene Wahl auslöste, hatte er bis zum Wahltag eine Mehrheit im Bundestag. Die hat Olaf Scholz nicht.

Die SPD versucht die Union noch für das ein oder andere Gesetz auf ihre Seite zu ziehen. Vergleichsweise einfach dürfte es noch sein, einen Beschluss zum besseren Schutz des Bundesverfassungsgerichts gegen populistische Angriffe zu fassen. Da dürften Union und Ampelparteien ihren schon ausgehandelten Kompromiss gemeinsam beschließen.

Aber was, wenn die nur noch aus SPD und Grünen bestehende Restampel jenseits der mit der Union vereinbarten Vorhaben weitere Entwürfe einbringt? Und statt CDU und CSU dann die AfD zustimmt? Darüber wird



Eckart Lohse

© DBT/Achim Melde

in der SPD wie auch in der CDU diskutiert. Man will es auf jeden Fall vermeiden.

Der schlimmste denkbare Fall träte ein, wenn Olaf Scholz die Vertrauensfrage nicht verliert, weil die AfD für ihn stimmt. Ihre Wähler hätten vermutlich einen solchen Spaß daran zu sehen, wie die "Systemparteien" vorgeführt werden, dass sie höchst einverstanden mit einem solchen Manöver wären, auch wenn die AfD bislang immer auf Scholz und seine Ampel eingedroschen hat. Übertriebene Angst? Hoffentlich. Aber man sollte die Verlockung, die das Fehlen einer Mehrheit im Bundestag für die AfD bedeutet, nicht unterschätzen. Eckart Lohse ■

> Der Autor leitet in Berlin die Parlamentsredaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

CONTRA

ie AfD vertritt rassistische und ausländerfeindliche Positionen. Sie ist geschichtsrevisionistisch, Teile der Partei werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Es ist richtig, Koalitionen zu bilden, damit die AfD nicht an die Macht kommt. Nicht richtig ist es, aus Angst vor ihr auf Politik zu verzichten. Denn genau dann wird ihr eine Macht verliehen, die sie nicht haben sollte.

Nun haben sich SPD und Union auf eine gemeinsame Linie verständigt, welche Gesetzesvorhaben noch vor dem Neuwahltermin auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt werden sollen. Es sind nicht viele. Die Begründung laut Friedrich Merz: "Zufallsmehrheiten mit der AfD" müssten verhindert werden. Deshalb stellt Merz auch kein konstruktives Misstrauensvotum. Das nämlich könnte dazu führen, dass die AfD einen Kanzler der Union wählt.

"Niemand sollte sich davon abhängig machen, wie die AfD abstimmt." Das sagte im August 2023 Bundeskanzler Olaf Scholz der "Thüringer Allgemeinen". Wenn durch deren Zustimmung der eigene Antrag eine Mehrheit finde, sei das okay. Im Osten Deutschlands ist das Problem aufgrund der Stärke der AfD noch akuter als im Westen und auf Bundesebene. Aber hier wie dort gilt: Wer strikt ausschließen will, dass Rechtsextreme einer Initiative zustimmen, läuft



Malte Lehming

Gefahr, die demokratische Arbeit zum Erliegen

Seit dem Ampel-Aus hat die Opposition die Mehrheit im Parlament. Merz als Oppositionschef könnte Gesetzesvorlagen einbringen, die seiner Fraktion wichtig sind - er wird es wegen der Brandmauer zur AfD nicht tun.

Das ist hasenfüßig. Besteht der Preis für ein Ausschließen des Beifalls von der falschen Seite darin, dass Mehrheiten nicht zum Ausdruck gebracht werden dürfen, ist der Preis zu hoch. Es gibt auch eine Macht, Politik verhindern zu können. Diese Macht wird der AfD durch das Dogma der Brandmauer zuteil. Malte Lehming

> Der Autor ist leitender Redakteur des Berliner "Tagesspiegel".

*M*EDAS**PARLAMENT**

Herausgeber: Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlir Telefon (030) 227-30515, Telefax (030) 227-36524

Internet: http://www.das-parlament.de **E-Mail:** redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur: Christian Zentner (cz) V.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur:

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Ni-na Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CVD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG Wilhelmine-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Leserservice/Abonnement: Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363, 82034 Deisenhofen Telefon (089) 85853-832, Telefax (089) 85853-62832 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition: Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363, 82034 Deisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36, Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement:

Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7%

Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berech-nungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke

angefertigt werden. "Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesell-schaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird Recycling-Papier verwendet.



Wir vermeiden CO₂ durch den

LESERPOST ZUM NEUEN FORMAT VON "DAS PARLAMENT"

Format und Layout der neu gestalteten Zeitung ausgesprochen gut gefallen haben. Die Zeitung liegt nun viel besser in der Hand und die Lektüre wird durch das neue Layout ungemein erleichtert. In neuer Aufmachung erfahren die Inhalte eine besondere Aufwertung, das Lesen der Zeitung wird zu einer genussvollen Beschäftigung.

Claudius Bien, per Mail

Die Einstellung Ihres Editorials überrascht mich. Zu meinen Lese-

Gerne teile ich Ihnen mit, dass mir ich die übrigen Beiträge zu lesen Es wäre bedauerlich, wenn der bzw. zu überspringen. Bitte über- Trend der Medien zu mehr farbigen denken Sie in diesem Punkt Ihr und großformatigen Bildern zu Konzept. Bewährtes sollte man fortführen. Ansonsten freue ich mich auf die nächste Ausgabe der erneuerten Parlamentszeitung.

Thomas Schröder, **Bremen**

Das bisherige Format war größer, bedeutete mehr Platz für Text sowie eine flexiblere Gestaltung von Bild und Text. Das neue Format vermittelt den Eindruck von Einschränkung statt Weite. Das größere siv" Ihre Zeitung zu erkunden und gewohnheiten gehört es, als erstes Format hob sich auch von allen an-Ihr Editorial zu lesen. Nach diesem deren Zeitungen ab und war des-Einstieg und Orientierung beginne halb leicht im Stapel identifizierbar.

Lasten der Information gehen würde.

> Herbert Kleiner, Argenbühl

Uns als Alexander-von-Humboldt-Gymnasium gefällt das neue Format sehr gut. "Das Parlament" findet so nicht nur leichter auf Tischen im Lehrerzimmer Platz, sondern erleichtert es auch unseren SchülerInnen, weniger "platzintenzu lesen.

> Paul Kollath per Mail

SEITENBLICKE



AUFGEKEHRT

Es wird Zeit, dass sich was dreht

s wird Zeit, dass sich was dreht", dachte Christian Lindner, ein bekanntes Lied von Herbert Grönemeyer auf den Lippen, und hielt dem Kanzler 18 Seiten bedrucktes Papier unter die Nase mit all seinen wirtschaftspolitischen Überlegungen. "Du fühlst, du träumst, du fühlst, du glaubst, du fliegst, du fliegst, du fliegst", entgegnete Olaf Scholz und ließ seinem Finanzminister ebenfalls bedrucktes Papier durch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier aushändigen. "Zeit, dass sich was dreht. Oh-eh-oh-eh-oh-eh.

Auch Robert Habeck war sich jetzt ganz sicher: "Wer jetzt nicht lebt, wird nichts erleben." Und verkündete summend am Frühstückstisch schon mal seine Kanzlerkandidatur. Da wollten Friedrich Merz und Markus Söder nicht zurückstehen und stimmten siegesgewiss mit ein: "Die Zeit bereit, nicht zu vertagen." Vertrauensfrage jetzt, Neuwahlen schnell.

Das aber sah Bundeswahlleiterin Ruth Brand gänzlich anders - aus Sorge, in Deutschlands Papierfabriken und Druckereien könnten sich die Räder nicht schnell genug drehen für ausreichend Stimmzettel an einem frühen Wahltermin. Die darauf folgende Empörung war groß: "Bei wem jetzt nichts geht, bei dem geht was verkehrt."

Aber die Deutschen drehen ia eh gerne mal am Rad, wenn es um Papier geht. Während der Corona-Jahre etwa horteten sie es in so großen Mengen auf dem Lokus, als wollten sie das Virus Blatt für Blatt, einlagig, zweilagig, dreilagig bis samtweich in den Orkus jagen. "Wer sich jetzt nicht regt, wird ewig warten."

Nach all der Kakophonie aber wird der Bundespräsident einen Termin nennen für den Wahltag - und genügend Stimmzettel werden auch da sein. "Die Zahl ist gefallen, die Seiten vergeben." Und die Wähler werden sich an einem Sonntag um 18 Uhr vor den Fernsehern versammeln: "Die Sekunden sind gezählt, Hoffnungen übergroß." Alexander Weinlein ■

Der Bundestag in der Phase einer Minderheitsregierung

Wie der Maschinenraum jetzt arbeitet

Seit 75 Jahren funktionieren im Bundestag viele Abläufe im Wechselspiel von Mehrheit und Minderheit. Diese Verfahren sind jetzt gestört, zur Überbrückung bis zu Neuwahlen muss ein neuer Arbeitsmodus gefunden werden. Zumindest für die Vertrauensfrage sind die Regeln aber klar

selbst der Applaus den Fraktionszwang kennt, wie der verstorbene Publizist Roger Willemsen es einst beschrieb, geht entlassen, noch Tagesordnungspunkseit dem Scheitern der Ampel vieles durcheinander. Im Bundestag fehlen die klaren Zuordnungen, nicht nur beim Applaus. Die nun für den 16. Dezember angekündigte sechste Vertrauensfrage in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Novum. Olaf Scholz ist der erste Bundeskanzler, der eine Vertrauensfrage nach einem Die Tagesordnung wird im Regelfall Koalitionsbruch stellt. Er ist ein Minderheitskanzler ohne handlungsfähige Mehrheit. Das ist eine Herausforderung für den Bundestag.

Zur Tagesordnung können die Abgeordneten beispielsweise nicht mehr so einfach übergehen, im wahrsten werden. Damit das gelingen kann,

wo normalerweise Sinne des Wortes. Nur vereinzelt hat es seit der Entscheidung des Kanzlers, den FDP-Vorsitzenden Christian Lindner als Bundesfinanzminister zu te im Plenum gegeben. Der Grund: Seit dieser Entscheidung ist das reguläre Verfahren zur Bestimmung einer Tagesordnung im Bundestag gestört.

Tagesordnung: Klipp-Klapp-Schema klappt nicht mehr

"im Ältestenrat vereinbart", wie es im ersten Absatz von Paragraf 20 der Geschäftsordnung des Bundestages zu lesen ist. Sie soll also gerade nicht durch Mehrheitsbeschluss, sondern im Wege der Vereinbarung festgelegt

eine Verständigung zwischen den Koalitionsfraktionen und der Opposition, und zwar sobald - aber auch nicht früher - feststeht, wer im Bundestag in der jeweiligen Wahlperiode Mehrheit und wer Minderheit sein wird. Es wird ein abstrakt definiertes und ausdifferenziertes Schema vereinbart, das entsprechend der jeweiligen Größe der Fraktionen für jede Sitzungswoche festlegt, wer wann welche Tagesordnungspunkte bestimmen darf. Im parlamentarischen Sprachgebrauch wird dies als "Klipp-Klapp-Schema" bezeichnet. Im Bundestag stellt sich einer durch dieses Verfahren gefundenen Tagesordnung regelmäßig niemand entgegen.

Durch das Scheitern der Ampel-Koalition klippt und klappt dieses Sche-

gibt es zu Beginn einer Wahlperiode ma nicht mehr. Es gibt nun mit der FDP eine Oppositionsfraktion mehr, und die übrig gebliebene rot-grüne Koalition ist gegenüber der Ampel kleiner. Kurz: Das Schema ist gestört. Nötig ist ein Arbeitsmodus für die Überbrückungszeit bis zum Ende der Wahlperiode, und der muss zwischen allen Fraktionen erst einmal erarbeitet werden. Die Tagesordnung wird derzeit also nicht reduziert, sie kann gar nicht erst aufgestellt werden.

Auch die Verfahrensmehrheit ist nicht mehr vorhanden

Zudem können mangels Mehrheit selbst die Regierungsparteien SPD und Grüne keine Tagesordnung mit einem Mehrheitsbeschluss durchsetzen. Auch für eine solche Verfahrensmehrheit müsste die Regierungskoalition auf Teile der Opposition zugehen. Für letztere gilt ebenfalls, dass sie diese Mehrheit bräuchte. Insbesondere Gesetzentwürfe, die in den Ausschüssen bereits beraten werden, können nur mit einer solchen Mehrheit im Plenum zur Abstimmung gebracht werden.

Dass dennoch vereinzelt Tagesordnungspunkte im Bundestag aufgerufen werden, kann nun verschiedene Gründe haben. Der Ältestenrat kann sich auch außerhalb des "Klipp-Klapp-Schemas" auf eine Tagesordnung einigen. Zudem werden die Vereinbarungen des Ältestenrates in vielen Sitzungswochen des Bundestages noch durch interfraktionelle Vereinbarungen der Parlamentarischen Geschäftsführer ergänzt.

Das Parlamentarische Pflichtprogramm bleibt

Daneben gibt es ein parlamentarisches Pflichtprogramm für die Tagesordnung: Aktuelle Stunden müssen auch in diesen Tagen auf die Tagesordnung, wenn eine Fraktion dies verlangt. Pro Sitzungstag kann es dabei nur eine Aktuelle Stunde geben. Auf das Grundgesetz zurückzuführen sind die Regierungsbefragung und die Fragestunde, die es ebenfalls

die nun von den Abgeordneten getroffen werden muss. Sobald der Antrag des Bundeskanzlers vorliegt, muss der Bundestag hierüber abstimmen. Es steht also nicht in seinem Ermessen, ob er über die Vertrauensfrage überhaupt abstimmt. Die Abstimmung und damit die Gefahr seiner eigenen Auflösung könnte er nur durch ein geglücktes konstruktives Misstrauensvotum umgehen.

Vertrauensfrage: So läuft der seltene Prozess im Parlament ab

Zeitlich muss der Bundestag dabei eine Überlegungsphase von 48 Stunden beachten, die laut Grundgesetz zwischen Antrag und Abstimmung liegen müssen. Die Abgeordneten sollen sich über die Bedeutung und ihr Abstimmungsverhalten noch einmal in Ruhe eine Meinung bilden. Die Frist ist tatsächlich eine nach Stunden zu berechnende Frist und nicht etwa eine 2-Tagesfrist. Während der Überlegungsphase könnte der Kanzler seinen Antrag auch noch zurückziehen.

Olaf Scholz wird seinen Antrag am 11. Dezember stellen, kündigte er im Bundestag an. Eine besondere Form gibt es dabei für den Antrag nicht, die Vertrauensfrage könnte sogar mündlich gestellt werden, also während einer Plenarsitzung. Die Vertrauensfrage muss auch nicht als solche überschrieben als Antrag beim Bundestag eingehen. Bei der Vertrauensfrage des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl vom 13. Dezember 1982 (9/ 2304) kam nicht einmal im Text des Antrags der Begriff "Vertrauen" vor.

Enthaltung als politische Option bei der Vertrauensfrage

Eindeutig geregelt ist dabei, wie die Abstimmung laufen wird. Abgestimmt wird über den Antrag, dem Kanzler das Vertrauen auszusprechen. Wer dem Bundeskanzler das Vertrauen aussprechen will, stimmt also mit Ja, wer es ihm verweigern will, stimmt mit Nein. Der Antrag ist abgelehnt und die Vertrauensfrage



"Sehr geehrter Herr Präsident, hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich den Antrag gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes stelle."

VERTRAUENSFRAGE VON HELMUT KOHL (9/2304)



noch auf die Tagesordnung schaffen. Beide sichern das parlamentarische Fragerecht der Abgeordneten. Zudem gibt es für Vorlagen von Abgeordneten ein besonderes Minderheitenrecht. Diese müssen auf die Tagesordnung, wenn die Antragsteller das verlangen und die entsprechende Bundestagsdrucksache mindestens drei Wochen alt ist. Das Recht gilt dabei nicht für die Bundesregierung, sondern nur für Vorlagen von Frak-

tionen, den Gruppen Die Linke und

BSW (20/10219 und 10220) sowie für fraktionsübergreifende Gruppenan-

träge von Abgeordneten.

In dieser Woche bedeutsam wurde eine weitere verfassungsrechtliche Vorgabe für die Tagesordnung. Der Bundeskanzler hatte von seinem Recht auf Abgabe einer Regierungserklärung Gebrauch gemacht. Dieses Verlangen muss der Bundestag umsetzen und einen entsprechenden Tagesordnungspunkt aufsetzen.

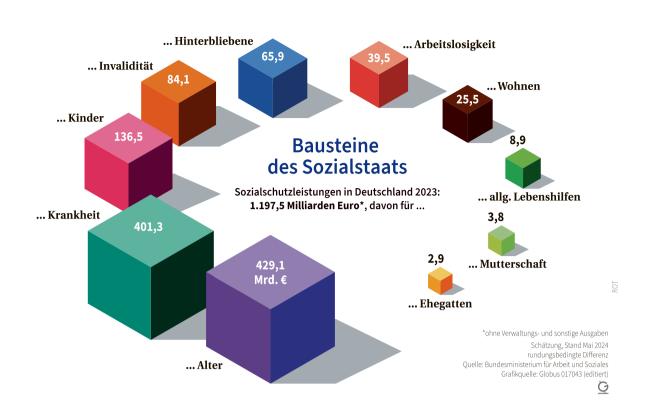
Gleiches gilt auch für die Vertrauensfrage, die wichtigste Entscheidung, damit verloren, wenn er nicht die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages erhält, die sogenannte Kanzlermehrheit.

Enthaltungen oder ungültige Stimmen gehen also zu Lasten des Bundeskanzlers und wirken zumindest rechtlich im Ergebnis wie eine Nein-Stimme. Politisch war die Enthaltung bei früheren Abstimmungen allerdings eine Option für Abgeordnete, um nicht gegen den Kanzler der eigenen Partei stimmen zu müssen und trotzdem zu Neuwahlen zu kommen. Für Neuwahlen dürfte Olaf Scholz nicht mehr als 366 Ja-Stimmen erhal-

Obwohl die Bedeutung der Vertrauensfrage ähnlich hoch ist wie die der Kanzlerwahl oder des konstruktiven Misstrauensvotums, verlangen weder Grundgesetz noch Geschäftsordnung eine geheime Abstimmung. Es wird daher auf die allgemeinen Abstimmungsregeln zurückgegriffen, bislang war dies der Weg über namentliche Abstimmungen. Christian Zentner



Die Stimmkarten der Abgeordneten liegen derzeit ungenutzt in den Fächern im Reichstagsgebäude.



Zwei Jahre Bürgergeld - zwei Jahre Streit

Im Dauerfeuer

Mit dem Bürgergeld sollte endlich Ruhe einkehren in eine seit Jahren aufgeheizte Debatte über dessen Vorläufer "Hartz IV". Doch die Grundsicherung "auf Augenhöhe" bescherte der SPD im Besonderen und der Ampel-Regierung allgemein genau das Gegenteil. Nach einer stark polarisierenden Diskussion stand auch das Bürgergeld wieder am Pranger – als "soziale Hängematte". Markus Promberger vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erläutert einige Knackpunkte des Systems aus Sicht der Forschung.



Herr Promberger, zwei Jahre wurde die Ampel-Regierung vor allem von der Union beim Bürgergeld vor sich hergetrieben. War das aus Ihrer Sicht eine konstruktive Debatte?

Aus Sicht der SPD war sie es vermutlich nicht, weil die Sanktionen, die Teile der SPD und der Grünen eigentlich abschaffen wollten, Zug um Zug wieder etabliert worden sind. Andererseits waren die Forderungen von liberal-konservativer Seite nach einer Verbesserung der Anrechnungsmodalitäten für Nebeneinkünfte durchaus konstruktiv. Denn aus der Forschung wissen wir: Solange Menschen tätig sind, egal ob im Minijob oder Ehrenamt, geraten sie nicht aus dem System und haben das Gefühl, Teil der Gesellschaft zu sein. Und das ist etwas ganz Elementares.

Die Sanktionierung des Existenzminimums ist aber durchaus umstritten.

Ins Existenzminimum zu sanktionieren hat das Bundesverfassungsgericht aus gutem Grund stark eingegrenzt. In der Wissenschaft geht es vor allem darum, ob und was man überhaupt sanktioniert. Kollektivgüter wie der Wohlfahrtsstaat funktionieren nur richtig, wenn sie gut gemanagt werden und Missbrauch verhindert wird. Und deshalb müssen Sanktionen möglich sein. Aus der Soziologie wissen wir auch, dass schon die Androhung einer Sanktion mindestens genauso gut funktionieren kann wie die Sanktionen selbst. Insgesamt wird ziemlich wenig sanktioniert. Unsere Untersuchungen haben ergeben, dass den meisten Menschen im Bürgergeld klar ist, dass sie mitwirken müssen und viele das auch wollen. Um die Sanktionen ist ein medialer Hype entstanden. Aber ganz ohne geht es auch nicht.

Im Zentrum der Debatte steht auch die Frage der Kosten. Derzeit sind rund 44 Milliarden Euro für das Bürgergeld eingeplant.

Neben der Existenzsicherung bedürftiger Menschen handelt es sich letztlich um Kosten für den sozialen Frieden, und dafür ist das Geld, wie ich finde, sinnvoll ausgegeben. Was würden die Menschen denn ohne Grundsicherung tun? Unter der Brücke schlafen? Aufstände? Also: Wir haben ein System, das tatsächlich bei den Betroffenen ankommt, selbst wenn es alles andere

Der andere große Kritikpunkt lautete, der Abstand zu den untersten Lohngruppen sei so gering, dass sich Arbeit nicht mehr lohne. Sich auf die Anhebung der Regelsätze zu fixieren, die letztlich nicht viel mehr als ein Inflationsausgleich war, greift ein wenig zu kurz. Man kann auch argumentieren: Niedriglöhne sind zu niedrig und

Um die Sanktionen ist ein medialer Hype entstanden. Aber ganz ohne geht es auch nicht.

MARKUS PROMBERGER

deshalb nahe an der Grundsicherung. Vor allem aber gibt es konstant rund eine Million Menschen, die einen geringen Lohn oder Arbeitslosengeld I mit der Grundsicherung aufstocken müssen. Sie arbeiten oder sind auf der Suche nach Arbeit. Wir können also nicht pauschal davon sprechen, dass die Höhe der Grundsicherung über den Abschied von der Erwerbsarbeit entscheidet.



Markus Promberger

Die SPD wollte mit dem Bürgergeld Hartz IV überwinden und einen "Sozialstaat auf Augenhöhe" etablieren. Wurden dafür die richtigen Weichen gestellt?

Wir kommen nicht daran vorbei, dass die Gewährung der Grundsicherung eine hierarchische Angelegenheit ist. Wenn wir das ändern wollten, dann müssten wir überlegen, ob die Betreuung der Menschen in einer anderen Einrichtung stattfindet als in jener, in der auch über die Gewährung von Leistungen entschieden wird. Solange beides hinter derselben Tür passiert, existiert automatisch eine Hierarchie. Auch die schriftliche Kommunikation ist hierarchisch, sie fordert bestimmtes Verhalten und droht mitunter Konsequenzen für Verstöße an, der Ton ist obrigkeitlich. Und damit gehen Menschen unterschiedlich um.

Langzeitarbeitslose Menschen müssen oft erst befähigt werden, eine Arbeit aufnehmen zu können, durch Qualifizierung oder durch Abbau anderer Vermittlungshemmnisse. Haben Jobcenter die Ressourcen dafür?

Es gibt im SGB II die Institution des Fallmanagements. Dort arbeiten Menschen mit sozialpädagogischer oder psychologischer Ausbildung. Wenn jemand dorthin kommt, hat er oder sie in der Regel gute Chancen, beim Marsch durch die Beratungs- und Hilfsangebote gut unterstützt zu werden. Das ist aber erst ein zweiter Schritt, der erste führt zur Fachkraft für Arbeitsvermittlung. Allerdings ist bekannt, dass viele ihrer Klienten gar nicht ohne weiteres in den Arbeitsmarkt reinkommen. So sind zwischen 40 und 50 Prozent der Menschen in der Grundsicherung gesundheitlich eingeschränkt. Hier wäre noch mehr gezielte Unterstützung sicher nicht verkehrt. Es könnte helfen, wenn schon das erste Beratungsgespräch mit stärker sozialarbeiterisch qualifizierten Jobcenter-Mitarbeitern geführt werden könnte.

Über Arbeit entsteht gesellschaftliche Teilhabe. Wovon hängt es ab, wie gut ich einen Arbeitsplatzverlust verkrafte?

Das ist massiv davon abhängig, was jemand für soziale Netzwerke hat. Wenn es bei Ihren Freunden und Verwandten normal ist, arbeitslos zu sein, dann halten Sie es länger durch. Aber ansonsten sind Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug Stigmata, die nicht so leicht verschwinden. Je länger sie dauern, ab zirka einem halben Jahr, wenn man realisiert, dass man da vielleicht nicht so schnell wieder rauskommt, werden es biografische Zäsuren, die an einem kleben bleiben. Menschen verwinden in der Tendenz den Tod eines nahen Angehörigen nach einigen Jahren, längere Arbeitslosigkeit jedoch bleibt noch länger belastend, das haben Untersuchungen gezeigt.

Nun gab es in den vergangenen Jahren einige Reformen am sozialen Arbeitsmarkt, also bei geförderter Beschäftigung. Mit Erfolg aus Ihrer Sicht?

Die Programmvariante für die etwas arbeitsmarktnäheren Langzeitarbeitslosen erhöht tatsächlich die Beschäftigungschancen der Betroffenen, bei der Variante für die richtig arbeitsmarktfernen Langzeitarbeitslosen besteht der Erfolg eher darin, die Betroffenen in und durch die Förderjobs sozial einzubinden, durch sinnvolle Tätigkeit, strukturierten Alltag, Zusammenwirken mit anderen.

Schützt mich Arbeit in jedem Fall vor Teilhabeverlust?

Ich denke, jede Arbeit ist erstmal besser als arbeitslos zu sein. Die empirischen Ergebnisse zeigen aber, dass die Teilhabeeffekte verschiedener Formen von Arbeit in der Tat unterschiedlich sind. Am besten funktioniert es bei einem Normalarbeitsverhältnis, schlechter

DIE DEBATTE

- > Kritik Nachdem vor einem Jahr Pläne für die Erhöhung der Regelsätze konkret wurden, musste sich die Regierung heftige Kritik anhören. Arbeit lohne sich nicht mehr, hieß es vor allem aus der Unionsfraktion.
- > Sanktionen Im März 2024 reagierte die Regierung mit einer Verschärfung der Sanktionen.
- > Abschaffung Für eine Ende des derzeitigen Bürgergeldes plädieren Union und AfD. Umstritten ist auch der Bürgergeldbezug von ukrainischen Flüchtlingen.



nit weniger Sanktionen und größerem Fokus auf Qualifizierung und Weiterbildung etablieren. Die Kritiker argumentieren, es könne nicht sein, dass beim aktuellen Fachkräftemangel so viele Menschen Bürgergeld beziehen.

nicture-alliance/dna

bei atypischer Beschäftigung wie in Minijobs oder befristeter Arbeit und noch ein bisschen schlechter bei geförderten Beschäftigungen.

Was halten Sie von Prämienzahlungen, um Arbeitsanreize zu stärken?

Das ist ein schwieriges Thema. Jemand, der arm ist, keine Leistungen bezieht und sich selbst einen Job sucht, würde demnach leer ausgehen. Das kann Ungerechtigkeiten schaffen. Ich denke, dass die Erhöhung der Hinzuverdienstgrenzen im Bürgergeld dafür der bessere Weg ist. Selbstverdientes Geld fühlt sich besser an als diese Prämie.

Mit dem Bürgergeld wurde auch der Vermittlungsvorang abgeschafft. Statt Vermittlung in Arbeit um jeden Preis liegt der Fokus jetzt auf Qualifizierung. Wie gut funktioniert das?

Dafür gibt es noch keine ausreichend validen Daten. Wir wissen aber, wohin die Leute gehen, die aus der Grundsicherung heraus eine Arbeit aufnehmen. Die wechseln nicht unbedingt in ein schönes Normalarbeitsverhältnis, sondern ins Niedriglohnsegment und oft auch eher prekäre Beschäftigung.

Also ist Qualifizierung doch das Gebot der Stunde?

Mit Investitionen in Bildung und Qualifikation kann diese negative Pendelbewegung zwischen Billigjobs und Stütze ausgehebelt werden. So haben die Menschen zumindest eine Chance, irgendwann mal stabil beschäftigt zu werden. Der Vermittlungsvorrang muss deshalb aber nicht ganz abgeschafft, sondern besser fallspezifisch angewendet werden. Bei bildungsbereiten Menschen mit Interesse an Weiterbildung, denen aber die be-

rufliche Qualifikation noch fehlt, würde ich ganz klar einen Vermittlungsvorrang für falsch halten. Für einen schon gut ausgebildeten Ingenieur hingegen nicht unbedingt.

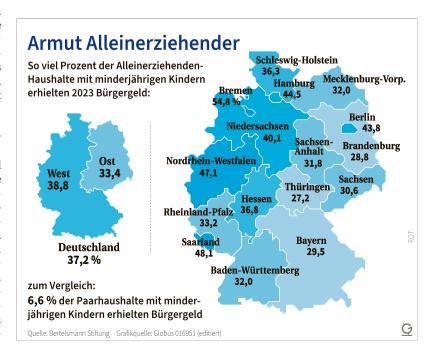
Die meisten Wechsel aus dem Bürgergeld finden nicht in schöne Normalarbeitsverhältnisse statt, sondern in Niedriglohnjobs.

MARKUS PROMBERGER

Die CDU möchte das Bürgergeld durch eine "Neue Grundsicherung" ersetzen. Sie schreibt dazu in ihrem Konzept, "schlecht gemachte Sozialpolitik lähmt die Menschen". Was ist denn gut gemachte Sozialpolitik? Also, gut gemachte Sozialpolitik ist aus meiner Sicht gar nicht so weit weg von Hartz IV. Das Sozialstaatsgebot im Grundgesetz verpflichtet uns zu einer Grundsicherung. Die muss nicht so viel anders aussehen, als Hartz IV das getan hat. Etwas mehr Großzügigkeit, mehr Respekt und Verständnis im Einzelfall, mehr sozialarbeiterische Kompetenz im Front Office – und wir haben ein gutes System.

Das Gespräch führte Claudia Heine 🏾

Markus Promberger leitet den Forschungsbereich "Erwerbslosigkeit und Teilhabe" und ist außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Er untersucht wirtschaftliches Handeln, Arbeit, Erwerbslosigkeit und Armut aus soziologischer, sozialhistorischer und wirtschaftsanthropologischer Perspektive.



GLOSSAR ZUM THEMA

- > Bürgergeld-Reform Vor ziemlich genau zwei Jahren setzte die Ampel-Koalition um, was die SPD zuvor in ihrem Sozialstaatskonzept skizziert hatte: die Abkehr von "Hartz IV", dieser unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder eingeführten Grundsicherung für Arbeitssuchende. Hartz IV hatte seit 2005 ein extrem schlechtes Image als staatliches Repressionsinstrument mit Armutsgarantie.
- > Neue Prämissen Im ersten Jahr des Bezugs gilt eine "Karenzzeit", in der Vermögen nicht mit dem Bürgergeld verrechnet wird und auch die Mietkosten voll übernommen werden. Die Vermittlung in Arbeit um jeden Preis wurde abgeschafft. Der Fokus liegt auf Qualifizierung und Weiterbildung. Wer eine berufliche Weiterbildung beginnt, erhält ein monatliches Weiterbildungsgeld.
- > Bezieher Rund 5,6 Millionen Menschen beziehen derzeit Bürgergeld. Darunter sind rund eine Million "Aufstocker", deren Lohn zu gering ist, und 1,5 Millionen nicht erwerbsfähige Personen (meist Kinder unter 15 Jahren, in geringerem Maße Menschen, die nicht in der Lage sind, länger als drei Stunden täglich zu arbeiten).
- > Regelsätze Die monatlichen Zahlbeträge wurden 2024 auf 563 Euro für eine alleinstehende Person angehoben. Kinder erhalten gestaffelt nach Alter zwischen 357 und 471 Euro. Wohnungsund Heizkosten werden erstattet, allerdings nicht immer in der tatsächlichen Höhe, so entsteht die "Wohnkostenlücke", von der rund zwölf Prozent der Bedarfsgemeinschaften betroffen sind.
- > Sanktionen Das Bundesverfassungsgericht hatte 2019 strenge Auflagen für Sanktionen verlangt. Das Bürgergeld sieht Kürzungen von 10 bis 30 Prozent und seit März 2024 wieder bis 100 Prozent vor, wenn jemand sich wiederholt weigert, eine zumutbare Arbeit anzunehmen. Diese Verschärfung geht auf eine monatelange Bürgergeld-Debatte zurück. 2023 wurden nur bei 2,6 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden Sanktionen verhängt.
- > Armutsgefährdete Gruppen Rund 37 Prozent der Alleinerziehenden sind auf das Bürgergeld angewiesen. 2023 galten 20 Prozent der Kinder und 18 Prozent der Menschen über 65 Jahren als armutsgefährdet.
- > Ausgaben des Bundes 2024 hatte der Bund rund 24,3 Milliarden Euro für das Bürgergeld und rund zehn Milliarden Euro für die Kosten von Unterkunft und Heizung eingeplant. Der Bedarf ist jedoch zirka um drei Milliarden Euro höher und sollte mit dem noch nicht verabschiedeten Nachtragshaushalt gedeckt werden.

10 EUROPA UND DIE WELT Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024



Die Nominierung von Raffale Fitto für die neue EU-Kommission sorgt für Streit.

© Foto EU Alain Rolland

Neue EU-Kommission

Machtkampf eskaliert

Am Ende der Anhörungen kommt es im EU-Parlament zum großen Krach. Die Entscheidung über wichtige Mitglieder der nächsten EU-Kommission ist vertagt

m EU-Parlament ist es ein wortlich sein soll. Die Nominierung richteten heftige Vorwürfe an die Schlüsselmoment der neuen Wahlperiode: Die Anhörung und EU-Kommissare ist ein wichtiges Vorrecht der Abgeordneten, erst nach einer finalen Abstimmung im Plenum ren zu einem Schlüsselmoment der stärkste Fraktion für Fitto plädierte. besonderen Art: Die Anhörungen endeten in einem heftigen Machtkampf, zentrale Entscheidungen wurden erstmal vertagt. Auch Krisentreffen konnten die Lage zunächst nicht entspannen: Es gab Anzeichen, dass der ohnehin verspätete Start der Kommission, eigentlich für den 1. Dezember vorgesehen, nicht mehr zu halten sein könnte.

Dabei hatte alles vollkommen friedlich angefangen: Seit dem 4. November befragten die Parlamentarier die designierten Kommissarinnen und Kommissare. In den ersten Runden bestanden alle Kandidaten die Prüfung, nur beim ungarischen Bewerber Olivér Várhelyi, der das Ressort für Gesundheit und Tierschutz verwalten soll, gab es wie erwartet Probleme und die Vorladung zu weiteren Befragungen – ob er Mitglied des Kollegiums wird, ist offen.

In der Schlussrunde entbrannte ein heftiger Streit

Doch das ging unter im Krach, der in der großen Schlussrunde am 12. November entbrannte. An diesem Tag sollten die sechs designierten Vizepräsidenten auf Herz und Nieren geprüft werden. Es begann mit scharfen Angriffen auf den Italiener Raffaele Fitto, der als Vizepräsident vor allem für die Regionalförderung verant-

des Ministers aus der Partei der ultrarechten Regierungschefin Giorgia Bestätigung der 26 designierten Meloni sei ein Beispiel dafür, wie die extreme Rechte mit ihrer gefährlichen Ideologie salonfähig gemacht werde, hieß es bei Grünen, Sozialdeüber die neue Kommission mit Präsi- mokraten, Linken und einem Teil der dentin Ursula von der Leyen kann Liberalen. Fitto dürfe zumindest das Spitzenteam seine Arbeit aufneh- nicht Vizepräsident werden - wähmen. Doch diesmal wird das Verfah- rend die christdemokratische EVP als

EVP und Sozialdemokraten arbeiten sich aneinander ab

Nach den Querelen um Fitto arbeiteten sich EVP-Vertreter und Rechtsaußen-Abgeordnete im Gegenzug an der spanischen Sozialdemokratin Teresa Ribera ab, die als Vizepräsidentin für den Green Deal und für Wettbewerb vorgesehen ist. Vor allem Parlamentarier aus Spanien machten die Anhörung zu einem turbulenten Tribunal: Sie warfen der amtierenden Umweltministerin vor, sie und die Regierung in Madrid hätten die Bevölkerung nicht rechtzeitig vor der Flutkatastrophe in der Region Valencia gewarnt. "Sie sollten nicht in der Kommission sitzen, sondern vor Gericht", sagte der rechtsextreme Abgeordnete Jorge Buxadé Villalba. Allerdings äußerten sich auch Fachpolitiker enttäuscht: "Ribera hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt und so geredet, als gäbe es weder Wirtschaftskrise noch Krieg noch eine geänderte Mehrheit im Parlament", sagte Peter Liese (CDU).

Das Ergebnis der Konfrontationen war, dass sich die zuständigen Ausschüsse nicht in der Lage sahen, eine Empfehlung zu den sechs befragten Vizepräsidenten abzugeben, die Abstimmungen wurden mehrmals vertagt. Sozialdemokraten und Grüne

EVP: Diese verrate die informelle Koalition der Mitte und mache nun gemeinsame Sache mit Rechtsaußen. Würde am Ende Fitto von den Ausschüssen bestätigt, aber Ribera gestürzt, bevor das Parlament in die Schlussabstimmung über das gesamte Team geht? Die EVP genießt im neuen Parlament einen enormen Machtzuwachs – die Christdemokraten haben zwar die Kommissionspräsidentin noch in enger Abstimmung zusammen mit Sozialdemokraten und Liberalen und mit Hilfe der Grünen im Amt bestätigt, aber sie sind nicht mehr dauernd auf die Zusammenarbeit mit den Mitte-Links-Fraktionen angewiesen. Sie können unter Umständen auch mit Rechtsaußen Entscheidungen durchsetzen und sind dazu offenkundig von Fall zu Fall auch bereit.

Zeitplan für die neue Kommission ist nicht zu halten

Die Sozialdemokraten zeigten sich empört und drohten, der neuen EU-Kommission beim Abschluss-Votum ihre Zustimmung wegen Fitto und Várhelyi zu versagen. Für Ursula von der Leyen ist der Konflikt denkbar unerfreulich: Angesichts der internationalen Krisenlage sei jeder Tag der Unsicherheit über den Starttermin der neuen Kommission ein Problem, heißt es unter führenden Kommissionsbeamten. Und nach diesem Streit könne von der Leyen womöglich bei künftigen Entscheidungen nicht mehr auf die informelle Koalition der Mitte bauen. Die Atmosphäre im Parlament gilt schon jetzt als dauerhaft belastet. Christian Kerl

> Der Autor ist EU-Korrespondent der Funke Mediengruppe.

Noch ein Sieg für Donald Trump

Republikaner siegen im Repräsentantenhaus

Sein Team besetzt er bereits mit treuen Hardlinern

S-Präsident Donald Trump wird nach der Amtseinführung am 20. Januar mit breiter politischer Rückendeckung regieren können. Nach dem Senat hat seine Partei, die Republikaner, auch die Mehrheit in der zweiten Kammer des Parlaments erkämpft. Nach vorläufiger Stimmenauszählung mehrerer Analyse-Institute kommen die Republikaner im Repräsentantenhaus auf die nötige Zahl von mindestens 218 der insgesamt 435 Sitze. Sieben Rennen waren bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht endgültig entschieden. Im 100-köpfigen Senat haben die Konservativen mindestens 52 Stimmen sicher. Die Demokraten kommen derzeit auf 48.

Dies gibt Trump die Möglichkeit, bis auf Weiteres durchzuregieren. Bis zu den Zwischenwahlen im November 2026 kann der 78-Jährige mit einer nahezu stromlinienförmig auf ihn zugeschnittenen Legislative seine Prioritäten umsetzen, darunter etwa Steuersenkungen für Reiche, ein striktes Einwanderungsgesetz, Massenabschiebungen illegaler Einwanderer, die Finanzierung der Mauer an der Grenze zu Mexiko, Ausdehnung der Öl- und Gasförderung, Einschränkung der Rechte von Transgender-Menschen und radikale Kürzungen bei der Ukraine-Hilfe.

Da die Demokraten dieser Agenda Widerstand entgegensetzen werden, müssten die Republikaner einen in Einzelfällen parlamentarisch statthaften Umweg gehen, um Erfolg zu haben. Bei finanzwirksamen Gesetzen lässt sich die "Filibuster"-Regel des Senats, mit der durch ein endloses Rederecht Abstimmungen verzögert werden können, aushebeln. Dann braucht es nur 51 der 100 Stimmen im Senat für die Zustimmung, statt der für die meisten Gesetze nötigen 60 Stimmen. Und die haben die Republikaner sicher.

Trump beruft zwei radikale **China-Kritiker in sein Kabinett**

Unterdessen nimmt das neue Regierungskabinett Gestalt an. Mit Marco Rubio hat Trump für die Spitze des Außenministeriums eine bei seinen Fans verhalten aufgenommene Entscheidung getroffen. Der aus Miami stammende Senator war im Wahl- cenlos. Im Repräsentantenhaus wird kampf 2016 ein erbitterter Gegner Mike Johnson weiter an der Spitze der Trumps. Im Lauf der Jahre wurde Rubio, der als energischer China-Kritiker gilt, aber zum Gefolgsmann. Ebenfalls aus Florida stammt der

künftige Nationale Sicherheitsberater Mike Waltz. Auch der frühere Elitesoldat hat sich als Kongressabgeordneter einen Namen als beinharter Peking-Kritiker gemacht. Wie Rubio plädiert er dafür, die kriegerischen Konflikte in der Ukraine sowie in Israel/Gaza schnell beizulegen, um neue US-Kapazitäten für die strategische Auseinandersetzung mit China zu erlangen.

»Grenz-Zar« soll Abschiebungen von illegalen Migranten umsetzen

Um sein Kernvorhaben, die Abschiebung mehrerer Millionen illegaler Einwanderer, umzusetzen, hat Trump eine Triangel aus Hardlinern installiert. Kristi Noem, Gouverneurin aus South Dakota, wird die Spitze des Heimatschutzministeriums übernehmen und damit die Aufsicht über die Einwanderungs- und Grenzschutzbehörde (ICE). Für das "Kleingedruckte", die Identifizierung, Ergreifung und Ausschaffung von Illegalen, wurde der frühere Grenzschutz-Direktor Tom Homan als "Grenzzar" gewonnen. Hardliner Stephen Miller, bereits 2017 die treibende Kraft hinter Trumps auf Abschottung und Ausgrenzung zielender Einwanderungspolitik, steigt im Weißen Haus hinter der neuen Chefin Susie Wiles zum Vize-Stabschef mit breitem Portfolio auf.

Die Hauptrolle auf internationaler Bühne, sprich bei den Vereinten Nationen in New York, hat Trump einer glühenden Anhängerin im Kongress zugedacht: Elise Stefanik wird UN-Botschafterin. Um die Klimaschutzregulierungen der Biden-Regierung aufzuheben, wird der frühere New Yorker Kongressabgeordnete Lee Zeldin an die Spitze der mächtigen Umweltbehörde EPA rücken. Als neuer Verteidigungsminister ist der Veteran und Fox-News-TV-Moderator Pete Hegseth nominiert. Das Justizministerium wird der umstrittene Kongressabgeordnete Matt Gaetz übernehmen.

Der Senat hat bei den meisten Personalien ein Anhörungsrecht. Dort tritt John Thune aus South Dakota die Nachfolge des langjährigen republikanischen Anführers Mitch McConnell an, der in den Ruhestand geht. Trump-Gefolgsmann Rick Scott war bei der geheimen Abstimmung chan-Republikaner stehen. Dirk Hautkapp

> Der Autor ist US-Korrespondent der Funke-Mediengruppe.



Vom Gegner zum Gefolgsmann: Marco Rubio (li.), hier zusammen mit Donald Trump beim Parteitag der Republikaner im Juli, soll neuer US-Außenminister werden.

Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024



Kanzler Olaf Scholz am Donnerstag im Untersuchungsausschuss

© dpa/picture-alliance/M. Kappele

undeskanzler Olaf Scholz redet, trotz mehrfacher Bitten des Vorsitzenden und Parteifreunds Ralf Stegner (SPD), er möge ins Mikrofon sprechen, so leise, dass er kaum zu verstehen ist. Er habe sich als politisch interessierter Bürger immer mit dem Thema Afghanistan beschäftigt, sei jedoch "kein zentraler Akteur" gewesen, schickt er voraus, offensichtlich um eventuell hohe Erwartungen während der Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses Afghanistan am vergangenen Donnerstag zurückzuschrauben.

Zum Aufklärungsinteresse des Ausschusses, also zu den Entwicklungen zwischen dem Doha-Abkommen, mit dem der Abzug internationaler Truppen aus Afghanistan vereinbart wurde, und der chaotischen Evakuierungsoperation aus Kabul 2021, kann Scholz tatsächlich wenig beitragen. Dennoch zeigen die Medien zum ersten Mal, seitdem der Ausschuss seine Arbeit vor zweieinhalb Jahren aufgenommen hat, plötzliches Interesse. Kameraleute und Fotografen belagern den Eingang des Europasaals im Bundestag.

Zum »Nation Building« äußert sich Scholz skeptisch

Er habe sich Sorgen um die Sicherheit der Bundeswehrsoldaten gemacht, weil er befürchtet habe, der damalige US-Präsident Donald Trump könne den sofortigen Abzug der US-Truppen beschließen, berichtet der Bundeskanzler. Angesichts der Terroranschläge vom 11. September 2001 sei der Einsatz "sehr berechtigt" gewesen. Zum "nation building" äußert sich Scholz dagegen sehr skeptisch. Er habe nie geglaubt, in Afghanistan könne "ein Staat wie Deutschland entstehen". Demokratisierungsprozesse müssten "am Ende aus dem Land heraus getragen werden".

Auch zum Thema Ortskräfte wollte der SPD-Politiker nur generelle Beobachtungen beisteuern. Wenn man gewusst hätte, wie schnell die afghanische Regierung zusammenbrechen würde und die Taliban das Land er-

Ich kann heute feststellen, dass die Bundeswehr diesen komplexen Auftrag gemeistert hat.

ANNEGRET KRAMP-KARRENBAUER

Scholz und Kramp-Karrenbauer im Untersuchungsausschuss

Hohe Erwartungen

Der Bundeskanzler zeigt Verständnis für Bedenken seines damaligen Kabinettskollegen Seehofer beim Abzug aus Afghanistan. Die Ex-Verteidigungsministerin verteidigt hingegen Lockerungen bei der Aufnahme von Ortskräften

obern würden, hätte man die Ortskräfte viel schneller aus dem Land gebracht, glaubt er. Er selbst sei immer für eine pragmatische Lösung gewesen. Sein Fazit: "Das Ergebnis war nicht zufriedenstellend." Seine Kritik richtet sich dabei im Allgemeinen gegen die Nachrichtendienste und die damalige afghanische Regierung, die "das Land kampflos aufgegeben" habe.

Den damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) nimmt der heutige Bundeskanzler allerdings in Schutz. Im Kabinett habe es "Dissens" über das Ortskräfteverfahren (OKV) gegeben, aber Seehofer habe aus sicherheitspolitischen Gründen an der Beibehaltung des schwerfälligen Verfahrens festgehalten. Seehofer selbst hatte bei seiner Vernehmung vor einer Woche betont, er habe bei seinen Entscheidungen die Flüchtlingskrise von 2015 vor Augen gehabt und es sei ihm um die Zahlen gegangen.

Olaf Scholz nutzt die Vernehmung dafür, seine grundsätzliche Position zu Abschiebungen zu unterstreichen. Er sei "damals wie heute" der Meinung, man müsse Straftäter, wenn möglich, abschieben, sagt er.

Der Bundeskanzler, der im Kabinett Merkel Vizekanzler und Finanzminister war, nimmt auch zu den Kosten des Afghanistan-Einsatzes kurz Stellung. Der Einsatz 17 Milliarden Euro gekostet. Das sei der gleiche Betrag, den Deutschland in der Ukraine in einem Jahr ausgebe, seitdem das Land 2022 von Russland angegriffen worden sei. "Ich wollte die Dimensionen darstellen", betonte Scholz. Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), die 2021 als Bundesverteidigungsministerin den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan politisch verantwortete, kann am Donnerstag im Ausschuss Konkreteres zur Aufklärung beitragen. Sie kritisiert das Doha-Abkommen wegen des festen Abzugsdatums und wegen "relativ schwach formulierter

Bedingungen" für die Taliban, nennt

den damaligen Übergang von der

Trump- zur Biden-Administration "einen schweren Machtwechsel" und bezeichnet das OKV als "zu komplex und zu langsam".

"Ich habe beschlossen, die Entscheidungen voranzutreiben", sagt Kramp-Karrenbauer. Ihr Hauptziel sei gewesen, die Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten sicher nach Hause zu bringen. Eine Aufgabe, die durch die knappe Zeit erschwert worden sei. Dann fügt sie hinzu: "Ich kann heute feststellen, dass die Bundeswehr diesen komplexen Auftrag gemeistert hat."

Am 12. August 2021 habe sie erfahren, dass die US-Truppen an den Kabuler Flughafen verlegt worden seien. Diese Nachricht habe sie alarmiert. Sie habe darauf gedrängt, die geplante Krisenstabsitzung vorzuziehen, um "eine robuste Evakuierungsmission zu planen", habe mit der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) telefoniert und am nächsten Tag mit den betroffenen Ressorts über die Situation gesprochen. Durch diese Gespräche habe es keinerlei Verzögerungen

gegeben, betont Kramp-Karrenbauer. Zwei Tage später habe die Bundesregierung die Evakuierungsmission ausgelöst, die Soldatinnen und Soldaten seien ausgeflogen.

Ministerin wollte Lockerungen beim Ortskräfteverfahren

Die Ex-Ministerin unterstreicht, dass es keine klassische Evakuierungsmission, sondern vielmehr eine improvisierte Mission, "eine internationale Luftbrücke" unter der Führung der USA gewesen sei, bei der Tausende Menschen ausgeflogen wurden, deren Land gerade zusammengebrochen war.

Die Ortskräfte der Bundeswehr bezeichnet Kramp-Karrenbauer als "ein emotionales Thema für mich". Für die Soldaten sei es wichtig gewesen keine Kameraden zurückzulassen. Sie habe sich "engmaschig" über die Evakuierung der Ortskräfte informieren lassen, für die es 2021 eine latente Gefahr gegeben habe. Das geübte OKV habe in Krisenzeiten nicht ausgereicht, weshalb sie sich für Locke-

rungen des Verfahrens starkgemacht habe. "Der Druck, den ich ausübte, mein öffentlicher Auftritt, war entgegen den Gepflogenheiten", sagt sie, "aber es hat geklappt".

Sie habe sich auch persönlich dafür eingesetzt, dass der Kreis der Aufnahmeberechtigten erweitert wurde. "Das geschah durch einen Kabinettsbeschluss", so Kramp-Karrenbauer. "Der Druck der Bundeskanzlerin und ihr Wort bei anderen Kollegen" habe das ermöglicht. Es sei im Spätsommer 2021 Wahlkampf gewesen, die öffentliche Debatte über Migration habe eine große Rolle gespielt.

Die Charterflüge, für die sie sich ebenso eingesetzt habe, hätten hingegen nie stattgefunden. "Gestern habe ich erfahren, dass ein sehr hoher Prozentsatz unserer Ortskräfte Afghanistan verlassen konnte", sagt Kramp-Karrenbauer. Trotzdem bleibe die Frage, ob nicht so viele zurückgelassen hätten werden müssen, wenn der Kreis der Aufnahmeberechtigten früher erweitert und Charterflüge ermöglicht worden wären.



Die damalige Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) beim Truppenbesuch 2019 in Afghanistan

© dpa/picture alliance/B. Pederse

AKTUELL Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

Überlegungen zur längeren Nutzung der Kernenergie

Rauf und runter

Experten befürworteten den von Kanzler Scholz schließlich durchgesetzten Streckbetrieb der letzten drei Kernkraftwerke für einige Monate

Habeck (Grüne) hatte gelegentlich davon gesprochen. Aber in der Welt der Atomwissenschaftler war der Gedanke, die letzten drei deutschen Atomkraftwerke nicht wie vorgesehen Ende 2022 abzuschalten, sondern wegen der Energieversorgungsprobleme nach Beginn des Ukraine-Krieges als Reserve vorzuhalten, auf keine Gegenliebe gestoßen. Es ergebe keinen Sinn, Kernkraftwerke ständig herauf- und runterzufahren, erklärte Richard Lothar Donderer, seit 2022 Vorsitzender der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), vor dem 2. Untersuchungsausschuss am Donnerstag. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte schließlich eine Verlängerung der Laufzeit mit regulärem Betrieb bis Mitte April 2023 durchgesetzt. Auch ein weiterer Zeuge, der sich mit der rechtlichen Situation befasst hatte, sagte, die rechtlichen Risiken bei diesem Streckbetrieb für einige Monate seien geringer gewesen als die Risiken bei einem Reser-

Donderer erklärte, in der ehrenamtlich tätigen Reaktorsicherheitskommission sei ziemlich schnell klar gewesen, dass ein ständiges Heraufund Runterfahren von Kernkraftwerken nicht in Frage komme. "Wenn hochgefahren wird, dann bitte oben bleiben", stellte Donderer fest. Man könne ein Kernkraftwerk auch nicht schnell hochfahren. "Das geht so nicht", sagte Donderer zur Idee des Reservebetriebs. Die Anlagen müssten langsam hochgefahren werden bei Einhaltung aller Sicherheitsprüfungen. Ein Energiebedarf innerhalb

irtschaftsminister Robert Kernkraftwerken nicht befriedigt werden.

Einen Auftrag für eine Stellungnahme habe man erst lange nach Beginn der öffentlichen Debatte vom Umweltministerium erhalten. Darin sollte es um einen "kontinuierlichen Streckbetrieb" gehen. Das Thema Laufzeitverlängerung an sich falle nicht in die Zuständigkeit der Kommission, tätig werde sie nur in den Fragen der Sicherheit, erläuterte Donderer. Energiepolitische Fragen, Risiken oder Abwägungen gehörten nicht in die RSK. Erst wenn die Entscheidung gefallen sei, die Kernkraftwerke weiterlaufen zu lassen, werde man zuständig. An den verschiedenen Prüfvermerken der Bundesministerien sei die Kommission nicht beteiligt gewe-

Schnelle Prognosen sind nicht Sache der Reaktorkommission

In der Kommission gehe es nicht um energiepolitischen Sachverstand, sagte Donderer: "Dort gehört er nicht hin." Die Kommission könne nicht darüber spekulieren, welche energiepolitischen Rahmenbedingungen es gebe und welche nicht. Es gehe nur um Reaktorsicherheit - "und selbst das ist manchmal nicht einfach". Donderer wurde von Abgeordneten

mit einem Zitat aus einem Interview von Uwe Stoll, dem ehemaligen wissenschaftlich-technischen schäftsführer der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) und wie Donderer Mitglied der Reaktor-Sicherheitskommission, konfrontiert. Stoll hatte erklärt, dass die RSK von wenigen Stunden könne von von der Bundesregierung nicht eingebunden gewesen sei. Das Interview habe er wahrgenommen, sagte Donderer: "Das ist seine Meinung." Es sei keine neue Erfahrung, dass die RSK nicht eingebunden werde. Auch komme es vor, dass RSK-Entscheidungen nicht Basis späterer Entscheidungen würden: "Damit muss man leben." Und es müsse auch nicht alles, was entschieden werde, über die RSK laufen.

Stoll hatte zur sicherheitstechnischen Bewertung der noch laufenden Kernkraftwerke vor dem Ausschuss auch erklärt, dass die Anlagen bis zum 31. Dezember 2022 als sicher eingestuft gewesen seien. Er verstehe nicht, warum sie am 1. Januar 2023 plötzlich nicht mehr sicher gewesen sein sollten. Donderer meinte dazu, es gebe immer Leute, die schnell eine Prognose wagen würden. Aber die Ergebnisse der RSK-Arbeit basierten nicht auf solchen Einschätzungen.

Kritisch setzt sich Donderer mit einem Vermerk aus dem Umweltministerium auseinander, in dem von erheblichen Investitionen der Kraftwerksbetreiber bei einer Verlängerung der Laufzeiten über einen längeren Zeitraum und nicht nur um einige Monate die Rede gewesen sei. Solch eine Aussage sei ihm etwas voreilig erschienen. Ausschließen könne man Nachrüstungsbedarf natürlich nicht. Seine Auffassung sei gewesen, nicht voreilig sicherheitstechnische Festlegungen zu treffen, die die Kommission später möglicherweise nicht bestätigen könne.

Zum Verhältnis der Kommission zum Umweltministerium sagte Donderer: "Wir fühlten uns nicht an die Leine gelegt." Hans-Jürgen Leersch ▮

Cannabisgesetz

Faire Chance gefordert

Streit über die Folgen der Legalisierung von Cannabis

In einer emotionalen Parlamentsde- und umfasse auch bekannte arabibatte haben sich Kritiker und Befürworter der Legalisierung von Cannabis mit den Folgen des Gesetzes befasst. Während Redner der ehemaligen Ampel-Koalition am Freitag in einer von der Unionsfraktion beantragten Aktuellen Stunde die Freigabe verteidigten, sprach die Union von einem eklatanten Fehler, der auch die innere Sicherheit gefährde.

Die Ampel-Koalition hatte das Cannabisgesetz (20/10426) im Februar auch gegen Kritik von einigen Fachverbänden durchgesetzt. Seit dem 1. April 2024 sind der Besitz und der Konsum von Cannabis unter bestimmten Bedingungen legal. Seit dem 1. Juli dürfen außerdem Vereinigungen zum Eigenanbau von Cannabis Anträge auf Zulassung stellen.

Die »Mocro-Mafia« sorgt für **Angst und Schrecken**

Silke Launert (CSU) sagte, die Ampel-Koalition habe eine Einladung an Kriminelle ausgesprochen und die Folgen nicht bedacht. Sie verwies auf die sogenannte Mocro-Drogenmafia, die in den Niederlanden agiere und den Weg nach Deutschland gefunden habe. Diese Mafia stehe für brutale Bandenkriege und Schießereien. Es sei mit dem "vermurksten" Gesetz auch nicht gelungen, den Schwarzmarkt auszutrocknen.

Ähnlich kritisch äußerte sich Martin Sichert (AfD), der aber den Schwerpunkt auf die seiner Ansicht nach gescheiterte Ausländerpolitik legte. Man könne das Cannabisgesetz kritisch sehen, "die Kiffer" seien aber nicht das drängendste Problem der inneren Sicherheit. Viel problematischer seien Islamisten und ihre Unterstützer in Deutschland. Die Organisierte Kriminalität werde stärker

sche Clans. Das Kernproblem sei die ungesteuerte Zuwanderung.

Nach Ansicht von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist die Legalisierung ein Erfolg. Die Dealer hätten in der Vergangenheit ein Monopol für den Verkauf gehabt. Er warf der Union vor, das Cannabisgesetz in den Ländern zu blockieren und damit keinen Beitrag zur Lösung zu leisten. Er forderte eine "faire Chance" für das Gesetz.

Kristine Lütke (FDP) hielt der Union vor, Vorurteile gegen Cannabis wieder aufzuwärmen, ohne dafür Belege vorzulegen. Ein negativer Trend sei jedenfalls durch das Cannabisgesetz nicht belegbar. Die Legalisierung sei der beste Weg, Dealer arbeitslos zu machen. Lütke forderte, die vollständige Legalisierung anzustreben. So sollte die Abgabe von Cannabis auch über Geschäfte und im Online-Handel möglich werden.

Kirsten Kappert-Gonther (Grüne) attestierte der Union ein "seltsam obsessives Verhältnis zu Cannabis". Die überfällige Cannabisreform sei ein wichtiger Erfolg der Ampel-Koalition. Vor der Reform sei der Markt fest in der Hand des organisierten Verbrechens gewesen. Sie betonte: "Die Prohibition ist gescheitert." Den Durchbruch bringen könne aber nur die komplette Legalisierung in lizenzierten Fachgeschäften.

Die Berliner Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Felor Badenberg (CDU), rügte, das Gesetz sei ein "Irrweg" und sollte aufgehoben werden. Dunja Kreiser (SPD) sagte, der Kinder- und Jugendschutz sei bei dem Gesetz von zentraler Bedeutung. Die Evaluation biete die Chance, gegebenenfalls nachzubessern. Regulierung und Jugendschutz könnten Hand in Hand gehen. Claus Peter Kosfeld ||

Anzeige

Beschlüsse der Woche

Befugnisse verlängert

Ermittler sollen nach Einbrüchen weiter die Telekommunikation Verdächtiger überwachen dürfen

Die Strafverfolgungsbehörden sollen gänzlich verzichten würden. Grüne weiterhin befugt sein, bei Ermittlun- und FDP hatten auf eine erneute Bechen. Eine bis zum 12. Dezember 2024 befristete Regelung im Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens soll bis zum 1. Januar 2030 verlängert werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung (20/12788, 20/13093, 20/13647) nahm der Bundestag am Donnerstag mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und BSW bei Gegenstimmen von AfD und Die Linke an.

Erneute Evaluierung der Regelung vorgesehen

Die Verlängerung der Ermittlungsbefugnisse bei Wohnungseinbruchdiebstählen hatte der Rechtsausschuss in der Woche zuvor sachfremd dem Gesetz "zur Änderung der Höfeordnung und zur Änderung der Verfahrensordnung für Höfesachen" hinzugefügt. Ziel der Änderung der Höfeordnung und der Verfahrensordnung ist es, erbrechtliche Regelungen für land- und forstwirtschaftliche Betriebe in vier Bundesländern zu aktualisieren.

Zur Begründung der Verlängerung der Ermittlungsbefugnisse hatte die damals noch bestehende Koalition argumentiert, dass die vorgesehene Evaluierung der Vorschrift aufgrund der Corona-Pandemie nicht ausreichend gewesen sei. Union und auch die SPD hatten im Ausschuss vorgetragen, dass sie auf eine Befristung

gen zu Einbrüchen die Telekommuni- fristung und Evaluierung bestanden. kation von Verdächtigen zu überwa- Die Unionsfraktion hatte der Aufsetzung des Tagesordnungspunktes zugestimmt, da die Ermittlungsbefugnisse andernfalls ausgelaufen wären. Drei weitere Beschlussfassungen standen vergangene Woche noch auf der Tagesordnung. Die Abgeordneten befassten sich zum einen mit dem Entwurf für einen Nachtragshaushalt 2024, den sie zurück an den Haushaltsausschuss überwiesen (siehe Seite 5). Außerdem ließ das Hohe Haus eine von der Bundesregierung vorgelegte Änderung (20/13712) der Außenwirtschaftsverordnung mit den Stimmen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP passieren. Mit der Änderung soll die Ausfuhr von sogenannten "Dual-use-Gütern", also Waren mit militärischem und zivilem Verwendungszweck, restriktiver gehandhabt werden. Damit will die Bundesregierung der unkontrollierten Verbreitung neuer Technologien, die militärisch relevant sind, vorbeugen. Zudem werden EU-Vorgaben zu Sanktionen gegen Russland umgesetzt. AfD, BSW und Die Linke stimmten gegen die Vorlage.

Ohne Aussprache nahm das Parlament zudem einen Antrag des Bundesministeriums der Finanzen (20/13421) an. Damit soll es Griechenland ermöglicht werden, bilaterale Kredite zurückzuzahlen, ohne gleichzeitig auch bei den europäischen Rettungsschirmen tilgen zu müssen. scr 🎚



AKTUELL Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

Aktuelle Stunde zur Weltklimakonferenz im aserbaidschanischen Baku

Verhandeln unter verschärften Bedingungen

Trump-Sieg und Ampel-Aus: Die Union sieht Deutschland in Baku geschwächt. Ministerin Baerbock warnt, "den Kopf in den Sand zu stecken"

und 40.000 Teilnehmer aus fast 200 Staaten, darunter Delegierte, Umweltschützer, Wirtschaftslobbyisten und Wissenschaftler, dazu mehr als hundert Staats- und Regierungschefs: Seit Montag beraten sie auf der 29. Weltklimakonferenz im aserbaidschanischen Baku über Wege zur Begrenzung der globalen Erwärmung. Im Zentrum der diesjährigen COP – Abkürzung für "Conference of the Parties" - stehen aber nicht so sehr die Verhandlungen über neue Klimaziele, sondern über Geld für den Klimaschutz. Konkret sollen die Unterzeichner-Staaten des Pariser Klimaabkommens einen neuen Finanzrahmen für die Zeit nach 2025 vereinbaren. Bislang stellen die Industrieländer jährlich 100 Milliarden US-Dollar an öffentlichem und privatem Geld bereit, um ärmeren Ländern bei Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen. Seit 2020 besteht bereits die Verpflichtung, erfüllt wurde sie allerdings erstmals 2022 - und ausreichend sind die Mittel bei weitem auch nicht. Laut Umweltorganisationen wie Germanwatch etwa braucht es mindestens eine "Verzehnfachung der bislang mobilisierten 100 Milliarden" für Klimaschutz, Anpassung und die Bewältigung von Schäden durch Wetterextreme.

Arme Staaten fordern 1,3 Billionen Dollar von den Industriestaaten

Vertreter der ärmeren Staaten legten in Baku jetzt sogar nach und forderten 1,3 Billionen US-Dollar von den reichen Industriestaaten.

Doch die Chancen auf Erfüllung dieser Forderung stehen eher schlecht: Nach der Wahl Donald Trumps zum nächsten US-Präsidenten ist zu erwarten, dass die USA erneut aus dem Pariser Klimaabkommen austreten werden. Damit würde nicht nur der nach China weltweit zweitgrößte Verursacher von CO2-Emissionen dem internationalen Klimaschutz den Rücken kehren, sondern auch einer der wichtigsten Geldgeber.

Auch Deutschland, das sonst international als Vorreiter und verlässlicher zung von Öl, Gas und Kohle in die-



Im Zentrum der Weltklimakonferenz in Baku steht die Frage, wie viel Geld ärmere Staaten künftig von den reichen Industrieländern erhalten sollen, um Klimaanpassungen zu bewältigen. Deutschland will, dass auch China und die Golfstaaten sich beteiligen. © picture-alliance/ROPI/Pignatelli/EUC

pelkoalition vier Tage vor Start der Konferenz angeschlagen. "Lange Zeit konnten wir sagen, im Zweifel legen wir noch etwas drauf", sagte Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) noch vergangene Woche im Unterausschuss Internationale Klima- und Energiepolitik im Bundestag mit Blick auf die inzwischen veränderte Haushaltslage. Nach dem Ampel-Aus sind höhere Finanzzusagen nun nahezu ausgeschlossen. Die Bundesregierung fordert, dass sich auch China und die Golfstaaten an der Klimafinanzierung beteiligen. Zudem brauche es mehr private Klimainvestitionen.

Neue Rekorde bei Treibhausgasemissionen und Temperaturen

Gleichzeitig deuten neueste Auswertungen der internationalen Forschungsinitiative Global Carbon Project darauf hin, dass die klimaschädlichen Emissionen durch die Nut-Partner gilt, ist seit dem Bruch der Am- sem Jahr einen Höchstwert erreichen

80 JAHRE

80 JAHRE

werden. Und nicht nur das: 2024 wird laut Daten des Erdbeobachtungsprogramms Copernicus wohl das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen sein. Eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad, möglichst 1,5 Grad im Vergleich zu vorindustriellen Zeiten hatten sich die Unterzeichner-Staaten des Pariser Abkommens eigentlich vorgenommen.

Im Bundestag versuchten Mitglieder der Koalition in einer Aktuellen Stunde zur COP 29 am Mittwoch dennoch Optimismus zu verbreiten: Lisa Badum (Grüne) nannte Trumps Wiederwahl zwar eine "kalte Dusche", die man manchmal brauche, um aufzuwachen und zu handeln. Die Weltklimakonferenz dürfe man gerade jetzt nicht den "Klimaleugnern und Öldiktatoren" überlassen, so Badum auch mit Blick auf das Gastgeberland des Gipfels: Aserbaidschan, eine autoritär regierte Ex-Sowjetrepublik, stützt seine Exportwirtschaft zu 90 Prozent auf Öl und Gas. Die freie Welt müsse dort ihr Gesicht zeigen, sagte Badum. Sie betonte, die deutsche Delegation unter Leitung der Außenministerin sei gut vorbereitet, 40 enge bilaterale Partnerschaften habe man geschmiedet.

»Deutschland wird als Vorbild gebraucht«

Mit 65 Prozent der Erneuerbaren im Energiemix sei Deutschland weltweit ein Vorreiter der Energiewende: Es werde in Baku als Vorbild gebraucht, unterstrich auch Nina Scheer (SPD). Beide Abgeordnete warnten davor, wie bereits von der Union angedacht, den Kohleausstieg zu verlangsamen und die Wärmewende rückabzuwickeln - das sei angesichts des weltweiten Booms der Erneuerbaren falsch. Die Transformation müsse fortgesetzt werden, unterstützt von Investitionen in "zukunftstaugliche Technologien", für die man "natürlich die Schuldenbremse lockern und reformieren" müsse, forderte Scheer. Andreas Jung (CDU) wies die Vorwürfe zurück, indem er auf die Anfänge des internationalen Klimaschutzes erinnerte: Es seien der damalige Umweltminister Klaus Töpfer und Kanzlerin Angela Merkel gewesen, die diesen Prozess maßgeblich vorangetrieben hätten. Trotz unterschiedlicher Vorstellungen habe man doch das gemeinsame Interesse, betonte Jung, der Menschheitsfrage Klimawandel eine "entschiedene Antwort zu geben". Die deutsche Delegation in Baku sah er jedoch durch das Ampel-Aus geschwächt: "Sie haben keine Mehrheit im Bundestag."

Dem widersprach Ralph Lenkert (Linke): Für Klimaschutz gebe es Mehrheiten, es brauche keine Koalition: "Wenn wir wollen, wenn wir uns einigen, können wir als Abgeordnete alles entscheiden."

Lukas Köhler (FDP) warnte trotzdem die Delegation davor, finanzielle Zusagen zu geben, "für die Sie im Parlament keine Mehrheit kriegen würden". Das beste und kostengünstigste Mittel für die Reduzierung von CO2-Emissionen sei ohnehin der internationale Emissionshandel, so Köhler. Die Einigung am Dienstag auf einheitliche UN-Standards für den globalen Handel mit Emissionsgutschriften sei insofern "eine gute Nachricht".

Panikmache und Manipulation unterstellte Steffen Kotré (AfD) kollektiv den anderen Parteien, Wissenschaftlern und Medien. Die Daten zum Klimawandel würden bewusst "frisiert", behauptete er. Der Weg der CO2-Vermeidung sei falsch, richtig sei die Anpassung an eine "wie auch immer geartete Klimaveränderung".

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), die zum Ende der Debatte das Wort ergriff, appellierte dennoch unbeirrt und eindringlich, trotz Rückschlägen den "Kopf nicht in den Sand zu stecken". Die Zeit laufe, um den Klimawandel "noch irgendwie in den Griff zu bekommen". Angesichts zunehmender Wetterextreme und damit auch zu erwartender Krisen und Konflikte lohne es sich, um jedes "Zehntelgrad" zu kämpfen. Klimaschutz sei inzwischen eine "hochbrisante sicherheits- und geopolitische Frage". Sandra Schmid

PERSONALIA

Hermann Kues Bundestagsabgeordneter von 1994 bis 2013

Am 21. November wird Hermann Kues 75 Jahre alt. Der Diplom-Volkswirt aus Lingen trat 1968 der CDU bei, war Vorsitzender des Bezirksverbands Osnabrück-Emsland und von 2004 bis 2014 stellvertretender CDU-Vorsitzender in Niedersachsen. Dort amtierte er von 1991 bis 1994 als CDU-Geschäftsführer. Kues, stellvertretender Vorsitzender seiner Bundestagsfraktion von 1998 bis 2000, wirkte im Haushalts-, im Verkehrs- sowie im Arbeitsausschuss mit. Den Vorsitz der CDU-Landesgruppe Niedersachsen hatte er von 2002 bis 2005 inne. Von 2005 bis 2013 war Kues Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesfamilienministerin

Kurt J. Rossmanith

Bundestagsabgeordneter von 1980 bis 2009

Kurt J. Rossmanith begeht am 22. November seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Verwaltungswirt und Industriekaufmann aus Kaufbeuren wurde 1967 CSU-Mitglied. Er gehörte dem Bezirksvorstand Schwaben an und amtierte als stellvertretender Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung/Union der Vertriebenen der CDU/CSU. Von 1978 bis 1999 war er Mitglied des Kreistags Ostallgäu. Rossmanith engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Haushalts- sowie im Verteidigungsausschuss, an dessen Spitze er 1997/98 stand.

Georg Janovsky

Bundestagsabgeordneter von 1990 bis 2002

Am 24. November wird Georg Janovsky 80 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Görlitz trat 1970 der CDU in der DDR bei und amtierte von 1993 bis 1995 als Kreisvorsitzender in Görlitz. Von 1984 bis 1990 war er dort Stadtrat. 1990 gehörte Janovsky der ersten frei gewählten Volkskammer an. Der Direktkandidat des Wahlkreises Görlitz – Zittau – Niesky engagierte sich im Bundestag im Verteidigungsausschuss.

75 JAHRE Dietmar-Richard Unger **Bundestagsabgeordneter 1990**

Dietmar-Richard Unger wird am 20. November 80 Jahre alt. Der Diplom-Musiker und Dozent trat 1978 der CDU in der DDR bei und war 1989 Stadtverordneter in Schwerin. Unger, Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer, gehörte dem Bundestag von Oktober bis Dezember 1990 an.

Christel Humme

Bundestagsabgeordnete von 1998 bis 2013

Christel Humme wird am 25. November 75 Jahre alt. Die Diplom-Ökonomin und Lehrerin aus Witten schloss sich 1969 der SPD an und war von 1994 bis 1998 Stadträtin in Witten. Im Bundestag gehörte sie von 2001 bis 2007 sowie von 2009 bis 2013 dem Vorstand ihrer Fraktion an und amtierte von 2007 bis 2009 als deren stellvertretende Vorsitzende. Humme wirkte im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit, dessen stellvertretenden Vorsitz sie von 2009 bis 2013 innehatte. Von 2002 bis 2009 gehörte sie auch dem Gemeinsamen Ausschuss an.

Eicke Götz

Bundestagsabgeordneter von 1980 bis 1990

Eicke Götz vollendet am 29. November sein 85. Lebensjahr. Der Rechtsanwalt aus Gröbenzell/Kreis Fürstenfeldbruck trat 1964 der CSU bei. Von 1972 bis 1980 gehörte er dem dortigen Kreistag an und amtierte von 1972 bis 1980 als hauptamtlicher Bürgermeister seiner Heimatgemeinde. Götz engagierte sich im Bundestag im Rechtsausschuss.

Herbert Lattmann

Bundestagsabgeordneter von 1982 bis 1998

Am 29. November begeht Herbert Lattmann seinen 80. Geburtstag. Der Betriebswirt und Wirtschaftsprüfer aus Barsinghausen schloss sich 1967 der CDU an und war von 1972 bis 1982 Ratsherr seiner Heimatstadt. Im Bundestag ar-

beitete Lattmann, der im April 1982 für den Abgeordneten Walther Leisler Kiep in den Bundestag nachrückte, zumeist im Wirtschaftsausschuss mit. Lattmann hat sich auch als Autor einen Namen gemacht, u. a. 1986 mit einem weit verbreiteten Liedtext über den Skandal der "Neuen Heimat".

Andreas Steiner Bundestagsabgeordneter 1990

75 JAHRE

85 JAHRE

80 JAHRE

CDU/CSU (Gast)

aus Chemnitz schloss sich 1989, zuvor parteilos, der Deutschen Sozialen Union (DSU) an und war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer. Von 1995 bis 2001 amtierte er als Leiter der Außenstelle Chemnitz der Behörde der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und war danach bis 2020 Bürgermeister von Hartenstein/Kreis Zwickau.

VERSTORBEN

Wolfgang Börnsen Bundestagsabgeordneter von 1987 bis 2013

02.11.2024

Am 2. November starb Wolfgang Börnsen im Alter von 82 Jahren. Der Realschullehrer aus Grundhof-Bönstrup/Kreis Flensburg trat 1967 der CDU bei, engagierte sich seit 1977 in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und war von 1991 bis 1995 CDU-Generalsekretär in Schleswig-Holstein. Von 1972 bis 1987 gehörte er dem Kreistag Schleswig-Flensburg an. Börnsen wirkte im Bundestag im Wirtschafts- sowie im Kulturausschuss mit. Der auch als Historiker und Romanautor hervorgetretene Parlamentarier hielt am 14. Januar 1994 als erster Abgeordneter "unter Beifall im ganzen Hause" seine Rede in plattdeutscher Sprache. Er hatte wesentlichen Anteil daran, dass das Niederdeutsche in die "Europäische Charta zum Schutz von Regional- und Minderheitensprachen" aufgenommen wurde.

70 JAHRE

Am 30. November wird Andreas Steiner 70 Jahre alt. Der Härtereifacharbeiter

14 DAS POLITISCHES BUCH Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024



Teilnehmerinnen des "Women's March" 2020 in München.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Sachelle Babbar

MeToo und die Folgen

Das Ende des Schweigens

Die Journalistin Juliane Löffler recherchiert über sexualisierte Gewalt gegen Frauen und prangert den Machtmissbrauch von Männern an – gerade in der Medienwelt

as ist ein harmloser Flirt, was schon belästigend oder gar sexuell über-Mann einer Frau signalisieren, dass sie ihm gefällt, ohne dass sein Verhalten gleich als "toxisch" angesehen wird? Die enorme Resonanz weltweit auf den Hashtag #MeToo hat viele Männer verunsichert, doch hinter dieser von Feministinnen ausgehenden Initiative steckt ein berechtigtes Anliegen. Viel zu lange wurden sexualisierte Gewalt und Machtmissbrauch bagatellisiert und verschwiegen. Die fast immer weiblichen Betroffenen brauchen enormen Mut, wenn sie sich gegen Männer in wichtigen Positionen zur Wehr setzen Grund, dass bestimmte Erinnerunwollen und ihre Erfahrungen an die Öffentlichkeit bringen.

Frauen werden mit Bedrohungen und Gewaltfantasien konfrontiert

Die "Spiegel"-Redakteurin Juliane Löffler beschäftigt das Thema seit Jahren, vor allem ihre Recherchen zu den dem früheren Chefredakteur der "Bild"-Zeitung Julian Reichelt vorgeworfenen Übergriffen erhielten große Aufmerksamkeit. In ihrem Buch führt sie uns auf der Basis zahlreicher Interviews mit Betroffenen und Expertinnen hinter die Kulissen ihrer investigativen Arbeit. Denn nicht nur die Opfer sexueller Belästigungen, auch jene, die in den Medien darüber berichten oder sich im Internet an Aktionen beteiligen, müssen mit massivem Gegenwind rechnen. Sie werden zu Objekten hasserfüllter Shitstorms, sind mit Bedrohungen und männlichen Gewaltfantasien konfrontiert. Aus diesem Grund reduzierte zum Beispiel die Berliner Bloggerin Anne Wizorek, die schon 2013 den Hashtag #aufschrei gegen sexualisierte Gewalt in Deutschland gestartet hatte, zeitweilig ihre Präsenz im Netz.

Juliane Löffler beschreibt, wie MeToo seit 2017 zu einem globalen Massenprotest wurde, wie dieser den gesellschaftlichen Diskurs veränderte und für das Thema sensibilisierte. Die Au-

torin erinnert in diesem Zusammenhang auch daran, dass der Bundestag erst in den 1990er Jahren einem griffig? Wie kann ein längst überfälligen Gesetz zugestimmt hatte, das die Vergewaltigung in der Ehe für strafbar erklärte – gegen den Widerstand vieler konserva-Abgeordneter überwiegend männlichen Geschlechts.

> "Die Erfahrungsberichte hinter Me-Too, teils komprimiert auf wenige persönliche Sätze auf Twitter, waren einfach zu verstehen", schreibt Löffler. Was Frauenrechtlerinnen seit langem bekannt war, "konnte nicht mehr übersehen werden", Betroffene erlangten ein neues Selbstbewusstsein: "Hatte es einen legitimen gen ein mulmiges oder auch schreckliches Bauchgefühl auslösten, und war es vielleicht notwendig, tief vergrabene Erinnerungen hervorzuholen, um sie neu zu bewerten?" Die Kernthese der Autorin: Indem "Menschen die Erfahrungen anderer wahrnehmen, erkennen sie selbst erlebten Missbrauch überhaupt erst". Im kollektiven Austausch über das erlittene Unrecht gelinge es im besten Fall, Schuld und Scham zu überwinden.

> Als Journalistin kennt Löffler die Strukturen ihres eigenen Arbeitsfeldes besonders gut. Akribisch hat sie die sexualisierten Machtspiele von Julian Reichelt enthüllt, der als Folge ihrer Recherchen schließlich seinen Posten als Chefredakteur von Deutschlands größtem Boulevardblatt räumen musste.

> Auch in anderen großen Medienhäusern war MeToo nun plötzlich ein viel

Missbrauch, Macht & Medien

Juliane Löffler:

Missbrauch, Macht und Gewalt. Was #MeToo in Deutschland verändert hat.

München 2024; 272 S., 23,00 €

diskutiertes Thema. Beim Westdeutschen Rundfunk in Köln zum Beispiel wurde öffentlich, was zuvor nur Insidern bekannt und tunlichst unter den Teppich gekehrt worden war: Der Leiter der Abteilung Fernsehspiel hatte sich gegenüber freien Filmemacherinnen, die auf seine Auftragsvergabe angewiesen waren, mehrfach übergriffig verhalten - ein klassischer Fall von Machtmissbrauch einer Führungskraft. Die WDR-Verwaltung reagierte und beauftragte 2018 die frühere Gewerkschaftsvorsitzende Monika Wulf-Mathies mit einer Untersuchung. Der Personalrat lud zu internen Veranstaltungen ein, ein Verhaltenskodex wurde definiert, um auf künftige Vorfälle dieser Art besser

MeToo hat einen Dominoeffekt ausgelöst

Ohne MeToo wären die Berichte der im Sender Betroffenen vermutlich nie an die Öffentlichkeit gelangt. Auch schon vor der Kampagne hätten Frauen über sexualisierte Gewalt gesprochen oder geschrieben, resümiert Löffler, aber das System dahinter sei "lange im Verborgenen" geblieben. Nun würden "Strukturen sichtbar, Stück für Stück, Branche für Branche", es gebe einen Dominoeffekt. Denn Missbrauch, so die Autorin, existiere überall, "beruflich, privat und oftmals in den Graubereichen dazwischen" - vom Niedriglohnsektor bis in die "Chefetagen viele Stockwerke über der Stadt".

MeToo ist für Löffler mehr als ein Kampagnen-Schlagwort, es handele sich um eine Ermutigungsbewegung mit der Botschaft: "Ich höre, was du erzählst. Ich erkenne mich darin wieder. Auch mir ist so etwas widerfahren." Löffler plädiert dafür, den Begriff sehr weit zu fassen: "Auch wenn Männer ihre Frauen krankenhausreif prügeln, ist das MeToo. Auch Stalking ist MeToo oder wenn ein Mob sich im Internet organisiert, um Frauen des öffentlichen Lebens mundtot zu machen." Thomas Gesterkamp

KURZ REZENSIERT

Warum in der Spätmoderne die Verluste eskalieren

Es ist ein Wahlspruch für Verlierer - mit dem man aber das Weiße Haus gewinnen kann: "Make America Great Again" lautet das Motto von Donald Trump. Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, dass die einstige Größe Amerikas verlorengegangen ist. Zu viele Jobs im Ausland, zu viele Illegale im Land, ein Wokeness-Exzess an den Universitäten und der "Deep State", der das alles geschehen lässt, wenn nicht gar bewusst steuert - fertig ist die populistisch-verschwörungstheoretische Erzählung eines Mannes, der das in den nächsten vier Jahren wieder ändern will. Mal

Für den Soziologen Andreas Reckwitz sind Trump und Co. klassische Beispiele für das "Verlustunternehmertum" in der Spätmoderne. Das sind Kräfte, die Verlusterfahrungen der vermeintlichen Verlierer bündeln und zum Gegenschlag auf die vermeintlichen Gewinner übergehen wollen. "Wir wollen euch scheitern sehen! Wir wollen euch weinen sehen" - das verlange die "populistische Rache" und das bedeute auch, eben jene Institutionen der liberalen Demokratie zu untergraben und zu zerstören, die die anderen so schätzten, wie der 54-Jährige wortgewaltig in seinem neuesten Bestseller ausführt. Sein Interesse ist es dabei, Populismus als "verlustbezogene Politik" einzubetten in einer größeren Theorie darüber, wie Moderne und Spätmoderne mit Verlusten umgehen.

Für die spätmoderne Gegenwart diagnostiziert Reckwitz nämlich eine "Verlusteskalation". Das gilt nicht nur für den Populismus, son-



Andreas Reckwitz:

Verlust. Ein Grundproblem der Moder-

Suhrkamp, **Berlin 2024**; 463 S., 32,00 €

Wachstumskritik und die Klimabewegung, die Debatte um die Wiedervereinigung und die ehemalige DDR oder für Fragen rund um den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit. Die eskalierenden Verluste sind allerdings erklärungsbedürftig, weil laut Reckwitz moderne Gesellschaften lange überwiegend Ignoranz gegenüber Verlusten gezeigt hatten und sie unsichtbar machten. Es regierte nämlich der "Fortschrittsimperativ", der Institutionen, Gesellschaft und jeden Einzelnen prägte. Wo es immer besser werden sollte, ja musste, da war wenig Raum (abseits der Kulturkritik), um Verluste, die es natürlich weiterhin gegeben hatte, anzuerkennen und zu bearbeiten. Was Verluste soziologisch gesehen sind, wie (spät-)moderne Gesellschaften sie verhandeln, wie sich das seit den 1970ern dramatisch geändert hat und was nun getan werden könnte, um die Moderne zu retten, das schreibt Reckwitz auf mehr als 400 anspruchsvollen, aber gut lesbaren und interessanten Seiten nieder - und macht sich nach der "Gesellschaft der Singularitäten" einmal mehr zum Stichwortgeber des Gegenwartsdiskurdern beispielsweise auch für ses in Politik und Feuilleton. scr ■

KURZ REZENSIERT

Die defekte Integrationsmaschine des Sports

Dieser Boxkampf wurde zu einem der großen Aufreger der Olympischen Spiele 2024 in Paris: Nach nur 46 Sekunden kniete die italienische Boxerin Angela Carini weinend im Ring und gab sich frustriert geschlagen, weil sie ihrer Kontrahentin, der Algerierin Imane Khelif, hoffnungslos unterlegen war. Es folgte eine Welle der weltweiten Empörung und auch hasserfüllten Beschimpfungen. Khelif, die schließlich die Goldmedaille in der Gewichtsklasse bis 66 Kilogramm der Frauen gewinnen sollte, sei gar keine Frau, lautete der Vorwurf: "Das Grinsen eines Mannes, der weiß, dass er von einem frauenfeindlichen Sport-Establishment geschützt wird", twitterte die Harry-Potter-Autorin J.K. Rowling ziemlich giftig zu dem Foto von Khelif mit der weinenden Carini. Hätte der Sportjournalist Martin alles" erst nach den Spielen von Paris publiziert, er hätte den Fall

Krauss sein Buch "Dabei sein wäre sicherlich berücksichtigt. Von einem "frauenfeindlichen Sport-Establishment" hat nämlich auch er so einiges zu erzählen - allerdings aus anderen Gründen. "Der moderne Sport, der sich bis

heute als große demokratische Integrationsmaschine feiert, war von Beginn an zutiefst elitär", schreibt Krauss. In der rund siebenjährigen Arbeit an seinem Buch hat der Journalist unzählige Beispiele zusammengetragen, die diesen traurigen Befund untermauern. Die Geschichte des modernen Sports, die im 19. Jahrhundert einsetzt und 1896 mit den ersten Olympischen Spielen der Neuzeit einen ersten Höhepunkt erlebt, ist zu-



Martin Krauss:

Dabei sein wäre

C. Bertelsmann, München 2024;

nächst eine Geschichte weißer, männlicher Sportler, die der oberen Gesellschaftsschichten angehören und aus dem christlichen Abendland stammen. Für Frauen, Menschen anderer Hautfarbe, anderer Religion oder mit Behinderungen war wenig bis gar kein Platz. "Ihnen wollten die Herren des Sports nicht auf Augenhöhe begegnen." Krauss interessiert sich jedoch vor allem für jene ausgegrenzten Menschen, die sich ihren Platz in der Sportwelt eroberten, und liefert mit ihren Geschichten eine spannende und ermutigende Lektüre. Ausgrenzung und Diskriminierung sind aber weiterhin ein Problem. Heute sind es vor allem homosexuelle, transund intersexuelle Menschen, die darum streiten müssen, den Sport diverser und letztlich auch besser zu machen, wie Krauss darstellt. Mitunter geht Krauss in der Fülle der Einzelbeispiele der rote Faden etwas verloren, und ein wenig mehr Analyse hätte dem Buch gutgetan. Vor allem die Problematik um intersexuelle und transsexuelle Sportler hätte eine vertiefte Behandlung verdient. Die Lektüre lohnt aber in jedem Fall.

DAS POLITISCHE BUCH Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

Taiwan und die Volksrepublik China

Ein Hindernis auf dem Weg zum Hegemon

Der Sinologe Stephan Thome analysiert den brandgefährlichen Konflikt um Taiwan. Ein Krieg hätte gravierende ökonomische Folgen

ie Gewinner der Abstimmung johlten und jubelten - während die Vertreter der "Republik China", wie Taiwan bis heute offiziell heißt, gedemütigt den Saal verließen. Der 25. Oktober 1971 war ein Schicksalstag für die Insel vor der Ostküste Chinas. Denn an diesem Tag beschloss die UN-Vollversammlung mit 76 Ja-Stimmen bei 35 Gegenstimmen und 17 Enthaltungen, anstelle Taiwans die Volksrepublik China in die Vereinten Nationen aufzunehmen und ihr auch den Sitz im Sicherheitsrat zu übertragen.

Als Schutzmacht der Insel hatten die USA noch versucht, eine Mehrheit für den Verbleib Taiwans in der Uno zu organisieren. Dass sich aber auch die Regierung in Washington schon umorientiert hatte, wurde nicht zuletzt daran deutlich, dass sich just am Tag der Abstimmung US-Sicherheitsberater Henry Kissinger in Peking aufhielt, um den historischen China-Besuch von Präsident Richard Nixon im Jahr darauf vorzubereiten. Nicht mehr Taiwan, wohin sich 1949 General Chiang Kai-shek nach der Niederlage im Bürgerkrieg gegen Mao Zedongs Truppen mit seinen Anhängern geflüchtet hatte, sondern der kommunistischen Volksrepublik galt fortan das Hauptinteresse der US-Regierung.

Taiwan ist der weltweit größte

"Mit der Entscheidung von New York begann Taiwans Weg in die diplomatische Isolation, die es dem Land heute so schwer macht, sich der chinesischen Bedrohung zu erwehren", schreibt Stephan Thome in seinem neuen und sehr lesenswerten Buch "Schmales Gewässer, gefährliche Strömung" über den weltpolitisch so gefährlichen Konflikt um das Eiland etwa von der Größe Baden-Württembergs. Ein Krieg um Taiwan hätte aller Voraussicht nach sehr viel gravierendere ökonomische Folgen als der Ukraine-Krieg, denn "für die Weltwirtschaft sind taiwanesische Chips deutlich wichtiger als ukrainisches ziehungen zu Taiwan abzubrechen Getreide", wie Thome schreibt. In Taiwan sitzt schließlich mit der Taiwan Semiconductor Manufacturing Company das weltweit größte Unternehmen für die Produktion von Halb-

Soldaten der taiwanesischen Streitkräfte üben den Abschuss des schultergestützten Raketenwerfers Kestrel, der in Taiwan entwickelt wur-

© picture alliance/Anadolu/



Thome erkennt aber auch ein zentrales strategisches Interesse Chinas: Es könne sein Ziel, zum "Hegemon im Indopazifik" aufzusteigen, nur erreichen, wenn es die sogenannte Erste Inselkette von US-Verbündeten und -Partnern durchbricht, die von Japan über Taiwan und die Philippinen bis nach Indonesien reicht und das Reich der Mitte wie ein Sperrriegel von den Weiten des Pazifik trennt.



Hinzu kommt, dass sich Taiwan nach der brutalen Diktatur Chiang Kaisheks seit den 1980er Jahren tiefgreifend demokratisiert hat. Während die jahrzehntelang mit Kriegsrecht herrschende Kuomintang-Partei noch die Fiktion einer Rückeroberung des Festlands aufrechterhielt, bekennt sich die seit einigen Jahren regierende Demokratische Fortschrittspartei klar zu einer taiwanesischen Identität, was auch die Mehrheit der Bevölkerung teilt - die Zeit arbeitet in der Taiwan-Frage also nicht für, sondern gegen die Führung in Peking.

Thome wagt keine Prognose, ob China eine militärische Invasion der Insel in den nächsten Jahren wagen wird, die erhebliche Risiken mit sich brächte. Er gibt Deutschland und der EU aber drei Ratschläge zum Umgang mit dem Konflikt: Zurückweisung des chinesischen Narrativs, dass Taiwan seit jeher zu China gehört habe, maximale Unterstützung der Insel jenseits einer diplomatischen Anerkennung wie etwa Städtepartnerschaften und Einbindung in internationale Veranstaltungen sowie drittens der Verzicht auf unnötige Provokationen Chinas. Joachim Riecker



Stephan Thome:

Schmales Gewässer. gefährliche Strömung. Über den Konflikt in der Taiwanstraße.

Suhrkamp, **Berlin 2024**; 366 S., 25,00 €



sche Produkte benötigt werden.

der seit vielen Jahren in Taiwan lebt und auch schon erfolgreiche Romane geschrieben hat, macht in seinem Buch auf sehr überzeugende Weise deutlich, wie sich im Konflikt um die Insel historische, politische, wirtschaftliche und strategische Aspekte auf brisante Weise vermischen. Für die chinesische Führung, die sich noch immer kommunistisch nennt, ist der Anspruch auf Taiwan unverhandelbar, was schon Nixon und Kissinger bei ihren Annäherungsversuchen an Peking erfahren mussten. 1979 erklärte sich schließlich Jimmy Carter bereit, die diplomatischen Beund die ohnehin schon stark reduzierten US-Truppen von der Insel ganz abzuziehen – selbst Waffenlieferungen an die Regierung in Taipeh wurden deutlich eingeschränkt.

ge Provinz" vor der eigenen Küste

Anzeige

KURZ REZENSIERT

Das Weiße Haus und Putins Krieg

"Wir glauben einfach nicht, dass sie einmarschieren werden", erwiderte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj. Gerade hatte ihn US-Vizepräsidentin Kamala Harris über die russische Truppenkonzentration an der ukrainisch-weißrussischen Grenze informiert und vor einer Invasion gewarnt. Selenskyj wollte die Katastrophe nicht wahrhaben. Dabei war Harris am 20. Februar 2022 eigens nach München gereist, um ihm die schlechten Nachrichten persönlich zu überbringen. Außerdem empfahl sie dem Ukrainer einen Fluchtplan. Auch davon wollte Selenskyj nichts hören. Vier Tage später griffen russische Truppen die Ukraine an.

"Krieg" ist ein echter Woodward! Dutzende amerikanische Politiker, Sicherheitsbeamte und Diplomaten sprachen mit dem berühmten Journalisten, der ein weiteres spannendes Kapitel Oral-History vorgelegt hat. Sein Buch sei allen empfohlen, die wissen wollen, was im Weißen Haus vor und während Putins Angriff auf die Ukraine disku-



Bob Woodward: Krieg. Hanser, München 2024;

480 S., 25,00 €

tiert und entschieden wurde. Die USA würden "nicht mit Atomwaffen reagieren, wenn Putin auf dem Schlachtfeld in der Ukraine eine taktische Nuklearwaffe einsetzte". Sowohl im privaten Umfeld als auch gegenüber seinen Beratern habe sich US-Präsident Joe Biden klar geäußert, betont Woodward. Die Aussagen des zweifachen Pulitzer-Preisträgers der "Washington Post" stehen außer Zweifel. Zusammen mit seinen Kollegen Carl Bernstein hatte er 1973 die Watergate-Affäre aufgedeckt, die zum Rücktritt des US-Präsidenten Richard Nixon führte.

Am Ende des Buches zieht der Journalist eine Bilanz von Bidens Präsidentschaft, in deren Verlauf keine US-Soldaten in einen Krieg entsandt wurden. Der Demokrat konsolidierte die Nato, sein Sicherheitsteam warnte die Welt vor der bevorstehenden Aggression Putins und versorgte die Ukraine mit den benötigten Waffen. Auch Israel profitierte nach dem 7. Oktober 2023 von einer massiven amerikanischen Unterstützung. Zugleich verweist Woodward auf die Versuche des Präsidenten, eine weitere Eskalation im Nahen Osten zu verhindern.

Es ist wenig überraschend, dass Woodward Trump nicht für geeignet hält, die USA zu führen. Trump sei "schlechter als Richard Nixon, ein erwiesenermaßen krimineller Präsident". Der Republikaner werde "von Furcht und Wut beherrscht", "das öffentliche und nationale Interesse sind ihm gleich-Aschot Manutscharjan

Denkanstöße für neue politische Strategien in Zeiten multipler Krisen



Paul Kevenhörster | Benjamin Laag

Strategie und Taktik

Ein Leitfaden für das politische Überleben 2., überarbeitete und erweiterte Auflage 2024, 185 S., brosch., 29,-€ ISBN 978-3-7560-0937-4 E-Book 978-3-7489-1686-4

Wie gelingen politischer Aufstieg und die erfolgreiche Amtsführung in Zeiten multipler Krisen? In der zweiten Auflage dieses Leitfadens werden die Klassiker des politischen Denkens auf aktuelle Beispiele der Politik bezogen und daraus Hinweise auf heute noch gültige Maximen politischen Handelns gewonnen.

e Library nomos-elibrary.de

Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de Alle Preise inkl. Mehrwertsteue



16 **KEHRSEITE** Das Parlament | Nr. 47-48 | 16. November 2024

ORTSTERMIN: ZU BESUCH BEIM STENOGRAFISCHEN DIENST DES BUNDESTAGES

»Stenografie ist mentaler Hochleistungssport«

Stenografen im Bundestag halten jede Rede und Reaktion im Plenum fest – eine Arbeit im Dienst der Transparenz und Demokratie

m das Wort "Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz" per Hand zu schreiben, brauchen die meisten Menschen mehr als zwölf Sekunden. Nicht so Melanie Hoffmann: Sie setzt kurz eine Pfeilspitze nach links und lässt eine Wellenlinie folgen, die gerade nach unten abfällt - das gesamte Wort auf wenige Zeichen reduziert.

Hoffmann ist Stenografin im Deutschen Bundestag und dafür verantwortlich, jedes Wort und jede Reaktion im Plenarsaal festzuhalten. Wenn jemand eine Bemerkung einwirft, applaudiert oder lacht - Hoffmann und ihr Team protokollieren es, inklusive Namen des Abgeordneten und seiner Fraktion.

Hoffmann und ihre Kollegen nutzen eine Technik mit einer langen Tradition: Stenografie, eine Kurzschrift, die schon seit Jahrhunderten eingesetzt wird, um Gespräche und Reden schnell und präzise mitzuschreiben. Im Gegensatz zur herkömmlichen Handschrift, die etwa 40 Silben pro Minute zulässt, erreicht Hoffmann ein Tempo von bis zu 500 Silben in derselben Zeit.

Das hohe Tempo ist unerlässlich: Die Stenografen sorgen dafür, dass sämtliche Wortbeiträge der Sitzung schon am Folgetag vorliegen. Bei großen Kernzeitdebatten am Morgen stehen die Protokolle häufig sogar schon am Nachmittag bereit. Mit dieser Geschwindigkeit zählt der Stenografische Dienst des Bundestages weltweit zu den schnellsten seiner Art. 16 Stenografen sind dafür an einem Sitzungstag im Einsatz. Ihre Plätze haben sie mitten im Geschehen – zwischen Rednern und Abgeordneten. Stift und Papier sind dort, im Plenarsaal, die wichtigsten



Absolute Konzentration und Schnelligkeit brauchen die Stenografen im Plenum.

Arbeitsmittel. "Das Papier sollte möglichst glatt sein", erklärt Hoffmann, "damit nicht so viel Reibung Live-Untertitelung. entsteht und man schneller schreiben kann". Manche Stenografen bevorzugen Bleistifte, andere Kugel-

tens zwei Ersatzstifte griffbereit. Der Arbeitsablauf im Team ist genau eingespielt: Nach zehn Minuten im Plenarsaal beginnt die nächste Phase. Die Texte werden erfasst, durch Schreibkräfte oder digitale Hilfsmittel wie die sprecherabhän-

schreiber, fast alle haben mindes-

gige Spracherkennung, mit Redemanuskripten oder den Texten der

Dabei werden die Reden redaktionell geglättet: "Die gesprochene Sprache ist anders als die geschriebene", erklärt Hoffmann. "Wenn alles exakt so verschriftlicht würde, wie es im Plenum gesagt wird, wären die Reden oft schwer verständlich. Deshalb sind redaktionelle Anpassungen nötig, damit das Protokoll lesbar bleibt." Auch die Fakten werden überprüft. Ist tatsächlich die

"Internationale Energiebehörde" gemeint, wie ein Abgeordneter im Plenum sagt, oder doch die "Internationale Energieagentur"? Geht es um fünf Milliarden oder um fünf Millionen Euro in der Haushaltsdebatte? Stenografische Revisorinnen und Revisoren prüfen in einem zweiten Durchgang die Protokolle daraufhin, ob sie sprachlich und inhaltlich richtig sind und sorgen für Klarheit. Zwei Stunden nach dem Redebeitrag erhalten die Abgeordneten eine erste Fassung zur Kor-

© DBT/Tobias Koch (1+2)/picture-alliance/dpa (3)

rektur, die sie bei Bedarf anpassen

Die wachsende Zahl von Fraktionen und Bundestagsabgeordneten in den vergangenen Jahren macht die Arbeit heute anspruchsvoller als früher. Damit keine Namen vergessen werden, hilft den Stenografen ein Trainingsprogramm, mit dem sie regelmäßig üben. "Stenografie ist ein mentaler Hochleistungssport", sagt Hoffmann. Die Konzentration auf jedes Wort, der ständige Wechsel zwischen Zuhören und Schreiben – das fordert höchste mentale Disziplin.

Warum Technik Stenografen nicht ersetzen kann

Künstliche Intelligenz und Spracherkennung spielen in Hoffmanns Beruf bisher kaum eine Rolle. Zwar könnten automatische Systeme Reden aufzeichnen und verschriftlichen, doch zwischen der Vielzahl an Stimmen und Geräuschen im Plenarsaal die Quelle eines Zwischenrufs oder eines Beifalls korrekt zuzuordnen, übersteigt die Fähigkeiten aktueller Technik. Auch Dialekte und regionale Sprachfärbungen stellen die Technik vor Hürden, die menschliche Expertinnen und Experten besser meistern können.

Doch das Können der Stenografie ist für Hoffmann nicht nur im Bundestag nützlich. Zwar verzichtet sie privat auf Stenografie-Einkaufslisten, einfach damit auch andere Familienmitglieder Besorgungen erledigen können - für die bald anstehenden Geschenkelisten zu Weihnachten sei die Kurzschrift jedoch ideal, wie sie schmunzelnd anmerkt. Carolin Hasse

VOR 70 JAHREN

Die Kuppel musste weg

22.11.1954: Reichstagskuppel gesprengt "Die ersten Thermitladungen beginnen bereits abzubrennen. In einer Entfernung von etwa 300 Metern stehen wir vor dem wuchtigen Reichstagsgebäude und oben in der Kuppel glüht jetzt bereits die vierte Thermitladung auf", berichtete ein Reporter des Rundfunks im amerikanischen Sek tor (RIAS) am 22. November 1954. "Wieder entwickelt sich der gelbe schweflige Qualm und zieht ab in Richtung Osten", so der Reporter weiter. Dann ertönt der Lärm der einstürzenden Kuppel. "Mit dumpfem Gepolter schlugen die Stahlträger auf den Boden der Ruine und wirbelten eine mächtige Wolke von Staub und Sand hoch, die durch die Fensteröffnungen ins Freie zog", beschrieb der Berliner "Tagesspiegel" die Szene. Anschließend schafften Arbeiter einer Berliner Abbruchfirma den Schutt aus dem Gemäuer.

Die Sprengung der Reichstagskuppel war notwendig geworden, um das Gebäude später restaurieren zu können: Nach dem Reichstagsbrand im Februar 1933 und dem schweren Beschuss durch die Rote Armee im April 1945 war das Gebäude stark beschädigt. Um das Gemäuer des zwischen 1884 und 1894 errichteten Baus nicht zu gefährden, musste die einsturzgefährdete, schwere, einst aus Kupfer, Eisen und Glas konstruierte Kuppel weg.

Doch die saß hartnäckig auf der Ruine: Ein erster Sprengungsversuch war wenige Wochen zuvor gescheitert. "Die Konstruktion rückte und rührte sich nicht", berichtete der "Tagesspiegel" am 16. Oktober 1954 unter der Überschrift "Der dritte Reichstagsbrand". Über Nacht sei Feuchtigkeit in die Sprengsätze eingedrungen, hieß es damals zur Erklärung.

Dass im Herbst 1954 die Kuppel überhaupt noch gesprengt werden konnte, lag an der Teilung Berlins. Denn nach Kriegsende hatte der Gesamtberliner Magistrat eigentlich schon den Abriss des kompletten Reichstagsgebäudes beschlossen. Das Vorhaben scheiterte aber auch an der Blockade der Stadt. Außerdem war der Reichstag schnell zu einem Symbol für die deutsche Einheit geworden. 1955 beschloss dann der Bundestag, der mittlerweile in Bonn tagte, den Bau zu erhalten. Eine Wiedererrichtung der Kuppel sollte es jedoch nach den damaligen Planungen nicht geben.

1960 schrieb der Bund einen Wettbewerb zum Umbau des Reichstagsgebäudes aus, den der Architekt Paul Baumgarten gewann. Ziel war es, eine Begegnungsstätte für ein modernes Parlament zu schaffen - vor allem im Innern, dessen Ausbau Zeitgenossen als "nüchtern" und "gegenwartsbezogen" beschrieben. Baumgarten setzte



Journalisten beobachten 1954 die Sprengung.

sich allerdings auch dafür ein, doch eine Kuppel bauen zu dürfen, die Bundesbaudirektion schob dem jedoch einen Riegel vor. Noch Jahre später klagte der Architekt: So wie das Reichstagsgebäude nun dastehe, sei es "das Werk der Bundesbaudirektion". Bis 1990 wurde der Reichstag für Ausstellungen oder parlamentarisch für Ausschuss- und Fraktionssitzungen genutzt; dem Plenum

des Bundestages war es aufgrund des Vier-Mächte-Abkommens nicht gestattet, in Berlin zu tagen. Nachdem der Bundestag 1991 den Umzug von Parlament und Regierung zurück nach Berlin beschlossen hatte, sollte der britische Architekt Norman Foster den Reichstag umbauen – und wieder eine Kuppel errichten, die heute von bis zu 6.000 Menschen täglich besucht wird. Beniamin Stahl

AUSBLICK

So geht es weiter

Am Freitag hat der Bundestag beschlossen, dass die für die Woche vom 25. bis 29. November geplante Sitzungswoche nicht stattfinden wird. Eigentlich hätte der Bundestag in dieser Woche den Bundeshaushalt 2025 beraten sollen. Die nächste reguläre Sitzungswoche wird in der Woche 2. bis 6. Dezember stattfinden. Eine Tagesordnung liegt bis auf einen Punkt noch nicht vor: Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) wird sich am 4. Dezember in der Regierungsbefragung den Abgeordneten stellen. Am 11. Dezember 2024 will er den Antrag für seine Vertrauensfrage stellen, über die der Bundestag am 16. Dezember entscheiden wird. Nach bisheriger Planungen könnten dann am 23. Februar 2025 Neuwahlen stattfinden. Davor könnten noch einige Gesetzesvorhaben beschlossen werden (siehe Seiten 4-5).

AUFLÖSUNG DES BUCHMESSEN-RÄTSELS

Die Gewinnerinnen und Gewinner des Buchmessen-Rätsels (Ausgabe Nr. 42 vom 12. Oktober 2024) werden in der kommenden Woche von uns benachrichtigt und erhalten ein Überraschungspaket von "Das Parlament".

Das Lösungswort war: KAMPANIEN

PANNENMELDER

In der Ausgabe Nr. 46 vom 9. November 2024 wurde in der Bildunterschrift auf Seite 5 fälschlicherweise angegeben, dass das Foto das Kabinett vom 1. Juli 2025 zeigt. Richtig ist jedoch, dass das Kabinett vom 1. Juli 2005 abgebildet ist.





Was ist die Vertrauens-Frage?

Bald soll es Wahlen geben



Worum geht es?



Vor ein paar Tagen ist das passiert:

Die Partei FDP gehört nicht mehr zur Bundes-Regierung.

Parteien sind Gruppen von Politikern, die zusammenarbeiten.

Für die Bundes-Regierung arbeiten mehrere Parteien zusammen.

Die beiden anderen Parteien in der Bundes-Regierung heißen so: SPD und Grüne.

Diese beiden Parteien haben aber zusammen nicht mehr die meisten Stimmen im Bundes-Tag. Deshalb soll bald das passieren:

Die Bürger wählen einen neuen Bundes-Tag.

Damit das passieren kann, muss der Bundes-Kanzler aber das machen:

die Vertrauens-Frage stellen.

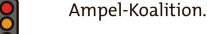
Diese Fragen werden im Text beantwortet:



- Warum ist die FDP nicht mehr in der Regierung?
- Was ist die Vertrauens-Frage?
- Was muss noch passieren, bis es neue Wahlen gibt?
- Wie geht es dann weiter?

Warum ist die FDP nicht mehr in der Bundes-Regierung?

Die Regierung mit den Parteien SPD, Grüne und FDP nannte man so:



In der Ampel-Koalition gab es oft Streit.

Zum Beispiel zu diesen Themen:

- Wie kann man den deutschen Firmen helfen?
- Wie viele Schulden darf Deutschland machen?

Über beide Themen haben wir auch schon hier bei Leicht erklärt geschrieben.

Der Chef von der Bundes-Regierung ist Bundes-Kanzler Olaf Scholz.

Er ist in der Partei SPD.

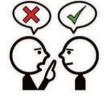
Dann gibt es in der Bundes-Regierung noch die Minister.

Jeder Minister hat einen Aufgaben-Bereich.

Der Minister für den Bereich Geld hieß bisher so:

Christian Lindner.

Er ist in der Partei FDP.



Der Bundes-Kanzler und der Finanz-Minister haben sich beim Streit nicht einigen können.

Deshalb ist das passiert:

Der Bundes-Kanzler hat den Finanz-Minister entlassen.

Olaf Scholz hat gesagt:

Ich kann Herrn Lindner nicht mehr vertrauen.

Weil Christian Lindner der Chef von der Partei FDP ist, ist auch das passiert:

Die FDP hat die Bundes-Regierung verlassen.



Nun sind nur noch diese beiden Parteien in der Bundes-Regierung: SPD und Grüne.

Doch die beiden Parteien haben zusammen nicht genug Stimmen, um zu regieren.

Um etwas entscheiden zu können, brauchen SPD und Grüne also das:

die Stimmen von mindestens einer anderen Partei.

Doch das ist gerade sehr schwierig.

Deshalb kann das passieren:

Es werden im Bundes-Tag keine Entscheidungen mehr getroffen.

Was ist die Vertrauens-Frage?

Damit Deutschland weiter regiert werden kann, muss aber das sein:

Die Regierung braucht die meisten Stimmen im Bundes-Tag.

Weil das jetzt nicht mehr so ist, soll nun das passieren:

Die Bürger wählen einen neuen Bundes-Tag.

Dafür muss der Bundes-Tag aufgelöst werden.

Das kann nur der Bundes-Präsident machen.

Und er kann das nur machen, wenn es einen wichtigen Grund dafür gibt.

Zum Beispiel weil der Bundes-Tag sagt:

Wir vertrauen dem Bundes-Kanzler nicht mehr.

Dafür muss der Bundes-Kanzler die Vertrauens-Frage stellen.

Er fragt also die Politiker im Bundes-Tag:

Vertraut ihr mir noch?

Nur der Bundes-Kanzler darf den Bundes-Tag das fragen.

Wie geht es nach der Vertrauens-Frage weiter?

Wenn die meisten Politiker im Bundes-Tag dazu nein sagen, dann kann das passieren:

1. Möglichkeit



Der Bundes-Kanzler bleibt und versucht das:

Die Stimmen von anderen Parteien bekommen, um Dinge zu entscheiden.

Zum Beispiel von dieser Partei:

die CDU.

2. Möglichkeit

Der Bundes-Kanzler fragt den Bundes-Präsidenten:

Lösen Sie bitte den Bundes-Tag auf?



Dafür hat der Bundes-Präsident dann 21 Tage Zeit.

Er muss den Bundes-Tag aber nicht auflösen.

3. Möglichkeit



Der Bundes-Kanzler sagt: Das ist eine Not-Situation.

Dann kann das passieren:

Nicht der Bundes-Tag, sondern der Bundes-Rat entscheidet über einzelne Gesetze.

Im Bundes-Rat sind Politiker von den Bundes-Ländern.

Dafür müssten der Bundes-Präsident und der Bundes-Rat aber zustimmen.

Was kann noch passieren?

Es kann aber auch das passieren:



Der Bundes-Tag wählt einen neuen Kanzler.

Das ist gerade aber nicht sehr wahrscheinlich.

Das ist der Grund:

Die meisten anderen Parteien im Bundes-Tag wollen neue Wahlen.

Die meisten Leute erwarten gerade das:

Der Bundes-Präsident löst bald den Bundes-Tag auf.

Und dann gibt es neue Wahlen.

Das muss spätestens 60 Tage später passieren.

Streit über die Vertrauens-Frage

Bundes-Kanzler Olaf Scholz hat gesagt:

Ich will die Vertrauens-Frage stellen.

Er will damit aber noch ein paar Wochen warten.



Die Politiker von der Partei CDU sagen aber: Der Bundes-Kanzler soll viel früher die Vertrauens-Frage stellen.

Das ist der Grund dafür:

Die CDU will, dass die neue Wahl früher ist.

Deshalb gab es in den letzten Tagen viel Streit.

Dann ist das passiert:

Die Parteien haben sich auf einen Termin geeinigt, der für alle okay ist.

Jetzt passiert wahrscheinlich das:

Am 23. Februar wird ein neuer Bundes-Tag gewählt.

Was muss vor der Wahl noch passieren?

Damit eine neue Wahl zum Bundes-Tag gemacht werden kann, müssen noch viele Dinge passieren.

Diese Dinge sind zum Beispiel wichtig:

1. Kandidaten finden



Die Parteien müssen sich überlegen:

Welche Politiker sollen unsere Kandidaten für den Bundes-Tag sein?

Darüber wird dann in den Parteien abgestimmt.

Danach muss eine Liste mit den Namen bei der Wahl-Leitung abgegeben werden.

Die Wahl-Leitung schaut sich die Listen dann genau an, ob alles richtig gemacht wurde.

2. Wahl-Zettel drucken



Wenn die Parteien und Kandidaten für die Wahl zum Bundes-Tag feststehen, muss dass passieren:

Die Wahl-Zettel müssen gedruckt werden. Dafür braucht man besonderes Papier.

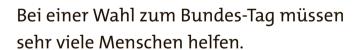


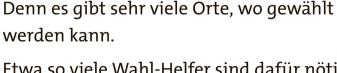
Und man muss sehr viele Seiten drucken.

In Deutschland dürfen mehr als 60 Millionen Menschen wählen.

Und so viele Wahl-Zettel braucht man auch.

3. Helfer finden





Etwa so viele Wahl-Helfer sind dafür nötig:

650 Tausend

Das sind etwa 10 große Fußball-Stadien voll mit Menschen.

Die Wahl-Leitung schickt dafür Briefe an ausgewählte Bürger.

Die müssen dann helfen.

Außer sie haben einen wichtigen Grund, weshalb sie nicht helfen können.

Was passiert nach der Wahl?

Nach der Wahl entsteht ein neuer Bundes-Tag.

Dann haben die Parteien eine neue Anzahl an Stimmen.

Und dann müssen die Parteien das versuchen:

Mit anderen Parteien zusammen die meisten Stimmen haben.



Wenn die Parteien sich dann auf gemeinsame Ziele einigen können, kann das passieren:

Diese Parteien bilden dann eine neue Regierung.

Und sie wählen einen neuen Kanzler.

Es ist fast sicher:

Eine neue Ampel-Regierung gibt es dann nicht noch einmal.



Kurz zusammengefasst

Im Bundes-Tag war die letzten Tage viel los.

Das ist passiert:

Die Partei FDP ist nicht mehr in der Bundes-Regierung.

Der FDP-Chef hatte sich vorher mit Bundes-Kanzler gestritten.

Jetzt sind nur noch diese beiden Parteien in der Regierung:

SPD und Grüne.

Die beiden Parteien haben aber zusammen nicht die meisten Stimmen im Bundes-Tag.

Deshalb können sie alleine keine Entscheidungen mehr treffen.

Deshalb soll das passieren: Die Bürger wählen einen neuen Bundes-Tag. Damit das gemacht werden kann, muss der Bundes-Kanzler zuerst das machen:

die Vertrauens-Frage stellen.



Er fragt also im Bundes-Tag:

Vertraut ihr mir noch?

Wenn die meisten Politiker im Bundes-Tag nein sagen, dann kann das passieren:

Der Bundes-Präsident löst den Bundes-Tag auf.

Dann muss nach spätestens 60 Tagen neu gewählt werden.

Bis zur Wahl muss aber noch viel erledigt werden.

Zum Beispiel:

- Die Parteien müssen Kandidaten auswählen.
- Die Wahl-Leiter müssen alles überprüfen.
- Die Wahl-Zettel müssen gedruckt werden.
- Viele Helfer müssen für die Wahl gefunden werden.

Der Bundes-Kanzler Olaf Scholz wollte eigentlich das:



eine neue Wahl im März.

Die Partei CDU wollte aber schon eine neue Wahl im Januar.

Jetzt ist das passiert:

Die Parteien haben sich auf einen Termin geeinigt, der für alle okay ist.

Jetzt wird wahrscheinlich am 23. Februar ein neuer Bundes-Tag gewählt.

Und danach gibt es eine neue Bundes-Regierung.



Dieser Text wurde geschrieben vom NachrichtenWerk der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

enwerk.de är /ictoria Tucker, B

© Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www. unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Titelbild: © picture alliance / photothek.de / Felix Zahn. Piktogramme: Picto-Selector.

